Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G.. Deutschland 2.50 RM. — **Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung ꝛc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.**

Nr. 125 — Bromberg, Freitag den 2. Juni 1933 — 57. Jahrg.

Polen isoliert?

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die der Polnischen Regierung nahe stehende Iskra-Agentur bringt folgende überaus bezeichnende Mitteilung:

„Bekanntlich hat sich die am 30. Mai begonnene Tagung der Minister der Kleinen Entente auch mit der Frage des Vierer-Paktes zu beschäftigen. Wie verlautet, **ändern die Regierungen der Staaten der Kleinen Entente** teilweise ihre **negative Haltung** gegenüber dem projektierten Pakte zwischen den vier Mächten.

„Aus Nachrichten, die uns von gut informierten politischen Kreisen in Warschau zukommen, geht hervor, daß **die Haltung der Polnischen Regierung gegenüber dem erörterten Pakte keiner Änderung unterliegt und negativ bleibt.**"

Die Iskra-Agentur ist ohne Zweifel gut informiert, denn sie schöpft ihr Wissen aus autoritären Quellen.

Den letzten Meldungen aus Prag zufolge soll die Regierung der Tschechslowakei ihren Standpunkt in der Frage des Vierer-Paktes wesentlich geändert haben und entschlossen sein, ihren Einfluß geltend zu machen, um eine den Vierer-Pakt billigende Stellungnahme der Kleinen Entente herbeizuführen. Die Haltung der Tschechoslowakei ist eine Frucht der Fühlungnahme, die der italienische Delegierte in Genf Aloisi mit dem tschechischen Gesandten in Paris, Osusky, einem der rührigsten tschechischen Diplomaten, genommen hat. Osusky habe sich — so heißt es — davon überzeugen lassen, **daß die Ziele, welche Italien erstrebt und zu deren Erreichung die Grenzrevisions-Klausel unerläßlich erscheint, mit den Lebensinteressen der Tschechoslowakei nicht im geringsten kollidieren.** Der Tschechoslowakei fällt also die Aufgabe zu, Rumänien und Jugoslawien für den Vierer-Pakt günstig zu stimmen. Das dürfte — wie man in Prag meint — hinsichtlich Rumäniens einigermaßen gelingen, dem an der Erneuerung des im Juni erlöschenden rumänisch-italienischen Freundschaftspaktes sehr gelegen ist.

Es scheint also — wie die Dinge jetzt liegen —, daß Polen als einziger entschlossener Gegner des Vierer-Paktes in eine isolierte Lage geraten wird. Aus dieser Lage entspringen Ideen, welche aus der Not eine Tugend zu machen suchen. Von einer derselben wird bereits in Paris viel gesprochen und der „Temps" nimmt sogar zu ihr in einem Leitartikel, der den Beitritt Frankreichs zum Vierer-Pakt begründet, ausdrücklich Stellung.

Der „Temps" schreibt nämlich: **„Wenn Polen einen aus ihm, der Kleinen Entente und den baltischen Staaten zusammengesetzten Block schaffen wollte, so würde ein solcher vom Baltischen bis zum Schwarzen Meere sich hinziehender Block eine bedauerliche Tat sein.** Gegen den westlichen Block der vier Großmächte würde **ein Block des östlichen Europas** errichtet werden. Aber auch in einem solchen Falle müßte Frankreich zu einem Bindegliede zwischen den beiden Gruppierungen werden."

Für diesen osteuropäischen Block — eine Konzeption, welche schon oft in trüben Momenten hervorgeholt wurde und immer wieder ins Archiv zurückgewandert ist — sind die vielen nötigen Voraussetzungen erst zu schaffen. Diese Riesenaufgabe richtet sich auf eine wenig reale, zumindest aber recht entfernte Zukunft. In der nächsten Gegenwart muß es also als Utopie erscheinen, einen osteuropäischen Staatenbund gegen die Front von vier Großmächten aufmarschieren lassen zu können. Für die nächste Zukunft wäre es das einzig Reale — nur die tatsächliche Isoliertheit der Stellung Polens dem Vier-Mächte-Pakt und allem gegenüber, was mit diesem Pakt zusammenhängt. **Aber vielleicht will die Polnische Regierung gerade diese Isoliertheit und hat dabei etwas im Sinne. Daher kann die große Spannung sehr berechtigt sein, mit der die weiteren Schritte der polnischen Diplomatie erwartet werden.**

Auf die Forderung Mussolinis hin sei jedoch ein neuer Artikel aufgenommen worden, der sich auf die Revision der Verträge bezieht. Auf Grund dieses Artikels soll besonders hervorgehoben werden, daß die Revision als besondere Forderung aufgestellt wird, die auf Grund des Völkerbundpaktes geregelt werden soll.

In Londoner Regierungskreisen stellt man fest, daß durch diese Änderungen keine Verzögerung bei der am Donnerstag in Rom stattfindenden Paraphierung des Vertrages eintreten werde. In diesen Kreisen lehnt man jede Nachricht darüber ab, ob Frankreich trotz der Paraphierung den Vertrag unterschreiben werde, solange seine Beziehungen zu Italien nicht geregelt sind.

•

Berlin, 1. Juni. (PAT.) Die halbamtliche **„Deutsche Diplomatische Korrespondenz"** meldet, daß der Vier-Mächte-Pakt das Ziel verfolge, dem Völkerbunde die praktische Anwendung der Artikel über die Sanktionen (Art. 16) und der Artikel bezüglich der Sicherheit gegen eine Verletzung des Status quo (Art. 10) zu ermöglichen. Nach Ansicht der Korrespondenz werde der Vier-Mächte-Pakt den Artikel 19 des Völkerbundpaktes nicht aufheben, dessen volle Anwendung gewährleistet wird. Bei den von Polen und der Tschechoslowakei angemeldeten Vorbehalten und bei der Drohung dieser Länder, aus dem Völkerbunde auszutreten, werde Frankreich Zugeständnisse machen, die einer vollständigen Kapitulierung vor diesen Forderungen entsprechen.

Das **„Berliner Tageblatt"** schreibt sehr optimistisch, daß nach der vollständigen Einigung zwischen den Vertragspartnern der grundsätzliche Gedanke Mussolinis berücksichtigt worden sei. **Deutschlands Forderung nach Revision und Gleichberechtigung sei gleichfalls gesichert.** Deutschland kann nach Ansicht italienischer politischer Kreise, so schreibt das Blatt weiter, wieder an dem Konzert der europäischen Großmächter teilnehmen. Eine hervorragende politische Persönlichkeit Italiens soll dem römischen Berichterstatter dieses Blattes gesagt haben: Was bedeutet die Einschaltung des Art. 16 des Völkerbundvertrages in den Vier-Mächte-Pakt, wenn sich der Pakt ausdrücklich auf einen Nichtangriffspakt beruft und ein solcher die Anwendung jeder Gewalt ausschließt? Auch die Anwendung von Sanktionen ist damit vollständig ausgeschaltet. Das Blatt weist ferner auf die Möglichkeit der Aufnahme von Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich in allen wichtigen politischen Meinungsverschiedenheiten hin. Die Schwierigkeiten auf dem Wege zur Lösung der Abrüstung und der Weltwirtschaftskonferenz scheinen nicht mehr unüberwindlich zu sein.

„Kurzsichtigkeit".

Diese Überschrift gibt die nationaldemokratische **„Gazeta Warszawska"** einem Aufsatz, in dem sie die Nachricht von der angeblich unmittelbar bevorstehenden Paraphierung des Vierer-Paktes wie folgt kommentiert:

„Wir beginnen die Früchte der kleinmütigen und kurzsichtigen Politik der Siegerstaaten zu ernten. Wie aus Paris und London gemeldet wird, ist in Sachen des Mussolini-Projektes der Schaffung eines Direktoriums der Großmächte eine Verständigung erreicht worden. Der Vierer-Pakt soll in diesen Tagen paraphiert werden. Angeblich hat England sein Einverständnis damit erklärt, daß in dem Pakt der Artikel 16 des Völkerbundpaktes betreffend die Sanktionen aufgenommen wird. Außerdem hat Frankreich sich vorbehalten, daß im Falle des Anschneidens der Frage der territorialen Revision diese Frage im normalen Verfahren vor dem Völkerbund behandelt werden müsse, unter Beibehaltung des Grundsatzes der Einmütigkeit und des Stimmrechts des interessierten Staates. Unter Berufung auf diese Abänderung des ursprünglichen italienischen Projektes behauptet die „Morningpost", daß der Viererpakt seine Schärfe verloren hat, und

daß man ihm die Zähne ausgebrochen habe.

Uns scheint es nicht, daß diese Ansicht begründet wäre. Den Vierer-Pakt darf man nicht vom Gesichtspunkt juristischer Kasuistik bewerten, sondern man muß ihn vor allem vom politischen Standpunkte aus betrachten. In dieser Beziehung stellt sich die Lage ganz klar dar. Neben Frankreich, der Kleinen Entente und Polen, die auf dem Standpunkt stehen, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages aufrecht erhalten werden müssen, sind in Europa noch mächtige Kräfte tätig, die die Revision dieses Vertrages betreiben. Sowohl Deutschland wie auch Italien bemühen sich, solche Verhältnisse zu schaffen, unter denen eine territoriale Revision möglich und verhältnismäßig leicht wäre. Wenn Mussolini im Einvernehmen mit Deutschland die Schaffung eines Mächte-Direktoriums vorschlug, so hatte er nicht allein die juristische Stilisierung des Paktes im Auge, sondern vielmehr eine Umgruppierung der großen Mächte, wodurch eine Schwächung Frankreichs und seiner Bundesgenossen und was sich daraus ergibt: die Erleichterung einer revisionistischen Politik möglich gemacht würde. Deshalb bewertet der bekannte französische Publizist Pertinax den Vierer-Pakt als vom juristischen Standpunkt wenig gefährlich, dagegen als sehr bedrohlich vom politischen und psychologischen Standpunkt. Leider ist die amtliche französische Politik in dem kurzsichtigen Pazifismus stecken geblieben und ist sich nicht klar über die weitgehende Gefährlichkeit dieses Paktes. Die dem Linkskartell nahestehende Presse umschreibt den Standpunkt Frankreichs dahin, daß der Abschluß des Vierer-Paktes die Sicherheit der

Hinausschiebung des Krieges auf zehn Jahre

bedeute. Diese Kreise legen sich ersichtlich nicht die Frage vor: „Was wird nach zehn Jahren?" Dieser kurze Zeitabschnitt kann, wenn man besonders nach der Unterzeichnung des Paktes die unvermeidlichen Zugeständnisse Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz in Betracht zieht, zu einem **vollständigen Umsturz des europäischen Gleichgewichts** führen. In diesem Falle wird der Völkerbund weder Frankreich noch dessen Bundesgenossen vor den Folgen dieser katastrophalen Politik bewahren.

Die Polnische Regierung hat, wie die halbamtliche „Iskra" meldet, ihren bisherigen Standpunkt in dieser Frage nicht geändert. Der Standpunkt verbleibt weiter negativ, und das ist durchaus richtig. Schlimmer dagegen ist es, daß dieser Standpunkt isoliert bleibt. Wenn die Information der Havas-Agentur richtig ist, und wenn es wahr ist, daß die Kleine Entente unter dem Einfluß der französischen Versicherungen ihre Orientierung geändert hat und die Verständigung der vier Großmächte als eine Wohltat für Zentraleuropa ansieht, dann wird unsere Isolierung erst recht offenbar. Es hat sich gezeigt, daß wir in einer sehr ernsten und gefahrvollen Stunde für unsere Außenpolitik nicht vermocht haben, diejenigen Mächte um uns zu scharen, die ähnlich wie wir von den Änderungen, die der Viererpakt herbeiführen muß, bedroht sind. Es wirft dies ein sehr ungünstiges Licht auf die Geschicklichkeit unserer Diplomatie und auf die Leitung unserer Auslandspolitik. Wir müssen auf die Frage noch zurückkommen, da die Feststellung der Verantwortlichkeit für die ernste Gefahr, die über uns hing, nicht irgend eine beliebige Angelegenheit ist. Es kommen zu weitreichende und große Fragen ins Spiel, als daß wir gleichgültig auf die Niederlage unserer Außenpolitik sehen und nicht nach allen Gründen und Veranlassungen dafür suchen müßten."

•

Annahme des Paktentwurfs durch Deutschland.

Rom, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach römischen Informationen soll nunmehr die Reichsregierung ihre **Zustimmung zum Vier-Mächte-Pakt in der gegenwärtigen Fassung** erteilt haben. Die Reichsregierung habe auch keine Vorbehalte bezüglich des Art. 19 des Völkerbundpaktes und ebensowenig gegen die zehnjährige Dauer des Paktes eingebracht. Der Inhalt des Vertrages soll gleichzeitig in vier Sprachen veröffentlicht werden.

Der Londoner Korrespondent der Polnischen Telegraphen-Agentur will demgegenüber erfahren haben, daß der Text des Vier-Mächte-Paktes einer neuen Änderung unterliegen soll. Wie in Londoner Kreisen verlautet, soll Art. 3, der sich auf die Abrüstung bezieht, auf die Forderung Deutschlands hin vollkommen weggelassen werden. Die Fortlassung dieses Artikels soll auf ein Einvernehmen der Vertragspartner darüber erfolgt sein, daß das Problem der Abrüstung durch die Abrüstungs-Konvention geregelt werden würde. Demzufolge bedarf diese Frage keiner Erörterung im Vier-Mächte-Pakt.

Ein polnischer Graf als Schirmherr der Juden!

Der Fall Bernheim.

Aus Genf wird gemeldet:

Der Vertreter Irlands erstattete im Völkerbundrat Bericht über die von Franz Bernheim unterzeichnete Beschwerde über die **„Lage der jüdischen Minderheit in Oberschlesien"**. Im Bericht wird ausgeführt: zur Verhandlung stehe die Frage, ob bestimmte deutsche Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen in Oberschlesien vereinbar sind mit dem dritten Teil der deutsch-polnischen Minderheitenkonvention für Deutsch-Oberschlesien. Diese Gesetze und Bestimmungen enthielten in den verschiedensten Formen Einschränkungen, die sich ausschließlich auf die jüdische Bevölkerung beziehen. Die Beschwerde Bernheims erwähnt, ohne jedoch konkrete Fälle zu nennen, den Boykott von Geschäften, Rechtsanwälten, Ärzten und das Fehlen jedes Schutzes seitens der Behörden und Beamten gegenüber der jüdischen Bevölkerung, die auf diese Weise offiziell außerhalb des Gesetzes gestellt sei. Die Reichsregierung habe ihrerseits einen Vorbehalt wegen der Berechtigung des Beschwerdeführers zur Anrufung des Völkerbundes eingelegt.

Die Prüfung der in der Beschwerde angeführten deutschen Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen zeige, daß zum mindesten einige dieser Bestimmungen in der Anwendung auf Oberschlesien im Gegensatz zu einer Reihe von Bestimmungen der deutsch-polnischen Minderheitenkonvention stehen. Der Vertreter Deutschlands habe jedoch im Völkerbundrat am 26. Mai die grundsätzliche Erklärung abgegeben, in der in klarster und kategorischster Form ausgedrückt ist, daß innere deutsche Gesetze in keinem einzigen Fall die Durchführung internationaler Verpflichtungen in Frage stellen. Diese Erklärung kann dahin ausgelegt werden, daß die Deutsche Regierung entschlossen ist, in Oberschlesien die Minderheitenkonvention zu achten. Die deutsche Erklärung, daß gewisse Verletzungen der Konvention als irrtümliche Gesetzesauslegung durch untergeordnete Instanzen aufzufassen seien, **bedeute, daß die**

Deutsche Regierung Maßnahmen treffen **werde, um damit** die deutschen Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen in Oberschlesien nur in dem Umfange anzuwenden, in **dem sie nicht** mit **den Bestimmungen** der **Minderheitenkonvention im** Gegensatz **stehen.**

Der Berichterstatter schlug zum Schluß **dem Völkerbundrat vor,** von der Erklärung des deutschen Vertreters Kenntnis zu nehmen in der Überzeugung, daß die Deutsche Regierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen werde, um die uneingeschränkte Achtung der Bestimmungen der Genfer Minderheitenkonvention einzuhalten.

Gesandter von Keller

erklärte sodann, er bedauere, den Bericht **nicht annehmen** zu können. Unter Bezugnahme auf den bereits in der letzten geheimen Sitzung des Völkerbundrats abgegebenen grundsätzlichen Vorbehalt über die Berechtigung des Beschwerdeführers, den Völkerbundrat anzurufen, sei hierzu noch folgendes festzustellen:

Aus der Beschwerde Bernheims geht **klar hervor, daß der Beschwerdeführer mit Oberschlesien durch keinerlei Bande, weder des Ursprungs noch des Blutes, verbunden sei. Bernheim sei erst seit kurzem als Handelsangestellter in Oberschlesien.** Selbst wenn man zugeben wollte, daß der Beschwerdeführer das Recht habe, für seine Person auf Grund des Artikels 147 der deutsch-polnischen Minderheitenkonvention Beschwerde zu führen, so hat er in keinem Falle das Recht, eine Beschwerde wegen allgemeiner Fragen und über die Anwendung der deutschen Gesetze in Oberschlesien einzureichen, da er durch diese Gesetze in keiner Weise berührt werde. Der Völkerbundrat hätte daher mit dieser Frage überhaupt nicht befaßt werden dürfen, ebensowenig wie die Reichsregierung deshalb verpflichtet wäre, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Unter gespanntester Aufmerksamkeit des überfüllten Saales gab dann

Paul-Boncour

in pathetischem Ton eine Erklärung ab. **Es handle sich** bei dieser Frage um ein außerordentlich ernstes und trauriges Problem, das an das Gewissen des Völkerbundes appelliere. **(Wo blieb dieses Gewissen, als andere Minderheiten in Genf appellierten? D. R.)** Die Bedeutung dieser Frage gehe über den Einzelfall weit hinaus. Der Völkerbund könne nicht das Recht einer Rassenmißachtung zulassen, die über die ganze Welt verstreut sei. Frankreich könne in dieser Frage auf eine langjährige Tradition zurückblicken. Frankreich habe als erste in der französischen Revolution die Juden von drückenden Sonderbestimmungen befreit. Auf dem Berliner Kongreß von 1878 habe Frankreich bei Schaffung der neuen Völker Rumänien, Serbien und Bulgarien von diesen Mächten die Anerkennung der gleichen Rechte für das Judentum durchgesetzt. In dem gleichen Geiste und mit der gleichen Festigkeit vertrete Frankreich heute seinen Standpunkt. Zweifellos werde der Vertreter Deutschlands diese Auffassung teilen.

Das Ereignis des Tages:

Nach dem Vertreter Frankreichs hielt der **Vertreter** Polens, Minister Graf Raczyński, eine längere Rede zur Verteidigung des Judentums. Ein wahrhaft historischer Augenblick. Der polnische Graf unterstützte zunächst den geäußerten Wunsch, daß der Bericht des juristischen Ausschusses möglichst bald vorgelegt werden möchte, und daß der Polnischen Regierung das Recht zustehe, als Mitunterzeichner der oberschlesischen Konvention ihre Meinung zu den juristischen Fragen zu äußern, die von der Deutschen Regierung berührt worden seien. Graf Raczyński hob hervor, daß die polnische Delegation bis zu einem gewissen Grade einen Standpunkt eingenommen habe, der bisher stets von den Vertretern Deutschlands eingenommen wurde, wenn sie eine möglichst genaue Interpretierung des Inhaltes der Minderheitenschutzverträge forderten. Der polnische Minister fuhr dann fort:

„Ich weiß wohl, daß wir uns vom Standpunkt des formalen Rechtes nur mit dem Schicksal der jüdischen Minderheit in Oberschlesien befassen können. Ich bin jedoch der Ansicht, daß jedes Ratsmitglied zum mindesten das Recht hat, an die Deutsche Regierung die Aufforderung ergehen zu lassen, daß sie allen deutschen Juden eine gleiche Behandlung zusichere. Ich glaube, daß ein solches moralisches Recht aus der von der deutschen Delegation am 29. Mai 1919 auf der Friedenskonferenz abgegebenen Erklärung hervorgeht. Diese Erklärung haben die alliierten und assoziierten Mächte am 16. Juni 1919 zur Kenntnis genommen. Ich möchte ferner an die vom Völkerbunde am 22. September 1922 angenommene Resolution erinnern, in welcher der Völkerbund die Hoffnung aussprach, daß die Staaten, die dem Völkerbunde gegenüber keine Minderheitenverpflichtungen übernommen haben, ihre Minderheiten der Rasse, der Sprache und der Religion ebenso behandeln und ihnen den gleichen Grad der Gerechtigkeit und Toleranz zubilligen werden, wie es die Verträge erfordern. Ich glaube die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß die Deutsche Regierung die Erfüllung dieses in dieser Resolution geäußerten Wunsches nicht ablehnen werde, da Deutschland vom Augenblick seines Eintritts in den Völkerbund stets das Recht der Rassen-, Sprachen- und religiösen Minderheiten hervorkehrte. Man kann im übrigen die Erklärung, die in diesem Hause von dem amtlichen Vertreter des Reiches abgegeben wurde, nicht vergessen, in welcher die Deutsche Regierung die Nützlichkeit des Minderheitenschutzes hervorgehoben und die Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, daran teilzunehmen. Das grelle Beispiel der jüdischen Minderheit in Deutschland, die rechtlich nur in einem kleinen Teile des deutschen Reichsgebietes geschützt ist, müßte uns zu der Folgerung führen, daß das augenblickliche System des Minderheitenschutzes sämtliche Fehler eines hinkenden Systems hat. Überall bestehen Minderheiten, und niemand kann die Bürgschaft dafür übernehmen, daß im Augenblick der Entwicklung des öffentlichen Lebens in diesem oder in einem anderen Lande, das keine Minderheiten-Verpflichtungen übernommen hat, diese Minderheit keinen Grund zur Klage über eine ungleiche Behandlung finden wird. **Es besteht ein rechtliches Minimum, das jedem Menschen ohne Rücksicht auf seine Rasse, Religion oder Muttersprache zuerkannt werden muß.** Ich fordere daher alle meine Kollegen im Rate auf, über dieses wichtige Problem nachzudenken, dessen Dringlichkeit und Bedeutung durch die uns hier vorgelegte traurige Angelegenheit hervorgekehrt wird. Ich bin der Ansicht, daß man in Zukunft diesen Fragenkomplex wird vertiefen müssen, dessen Erörterung sich dem Gewissen eines jeden Volkes und eines jeden Politikers aufdrängt.“ —

Graf Raczyński hat gewiß einen goldenen Satz geprägt, als er von dem rechtlichen Minimum sprach, das jedem Menschen ohne Rücksicht auf seine Rasse, Religion oder Muttersprache zuerkannt werden müsse. Was versteht man nur unter diesem Minimum? Hunderttausende von deutschen Emigranten aus Polen haben darunter gewiß etwas anderes verstanden, als Graf Raczyński in Genf. Im übrigen wurden nur die „Kollegen im Rat“, nicht etwa die Minderheiten in Polen, aufgefordert, über dieses wichtige Problem des Minimums nachzudenken. Deshalb können wir uns jeden weiteren Kommentar ersparen.

Wer zählt die Völker, nennt die Namen, die zur Verteidigung der Juden hier noch zusammenkamen? Der spanische Außenminister Zulueta wies auf die internationale Bedeutung des Falles hin und verlangte eine schnelle und endgültige Entscheidung. Gleichlautende Erklärungen gaben sodann die Vertreter Norwegens, der Tschechoslowkei und Guatemalas, die ausdrücklich ihren Gegensatz gegenüber dem deutschen Standpunkt betonten. Von den Ratsmächten gab lediglich der Vertreter Italiens keine Erklärung ab.

Der deutsche Vertreter von Keller wies zum Schluß darauf hin, daß der Völkerbundrat sich ausschließlich auf die Lage in Oberschlesien zu beschränken habe. Deutschland habe den Minderheiten weitestgehende Rechte eingeräumt. Der Vorschlag auf Einsetzung eines Juristenausschusses sei überflüssig, da die Einzelfragen lokal im Verfahren geklärt werden können. **Gesandter von Keller stellte sodann ausdrücklich fest, daß in den letzten Jahren immer wieder zahlreiche Minderheitenfragen vor den Völkerbundrat gelangt seien, die jedoch in einem ganz anderen Geiste behandelt worden seien, als der Fall Bernheim. Wenn das Gefühl der Gerechtigkeit bei der Behandlung der übrigen Minderheitenfragen im Völkerbundrat ebenso lebendig gewesen wäre wie bei der Behandlung dieses Falles, so wäre der Völkerbund zweifellos nicht immer wieder so außerordentlich scharf wegen seiner mangelhaften Haltung in den Minderheitenfragen angegriffen worden.**

Die Verhandlungen wurden sodann abgeschlossen, bis der Bericht des Juristenausschusses vorliegt. Der Berichterstatter stellte zum Schluß fest, daß er die deutschen Andeutungen über das mangelhafte Pflichtbewußtsein des Völkerbundrates in den Minderheitenfragen auf das schärfste ablehnen müsse. Der Völkerbundrat beschloß, 48 Stunden nach Vorliegen des Berichts des Juristenausschusses zur endgültigen Entscheidung des Falles Bernheim wieder zusammenzutreten.

*

Die Solidarität einer Rasse.

Budapest, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die ungarische Zeitung „Magyarsag“ bespricht in einem „Die Bernheims“ überschriebenen Leitartikel mit bitterer Ironie die Verhandlungen des Völkerbundrates über die jüdische Minderheitsbeschwerde. Der Artikelschreiber zählt Fälle von wirklich großer Bedeutung wie die Optantenfrage, die entschädigungslose Enteignung von katholischem und evangelischem Vermögen durch Rumänien, die Entrechtung ungarischer Nationalitäten in allen Nachfolgestaaten, aber auch die großen Minderheitsbeschwerden anderer Länder auf und stellt fest, **daß diese Beschwerden nicht solchen Staub aufgewirbelt haben, sondern im Gegenteil auf die lange Bank geschoben wurden.** Auch sei in Genf die Einmütigkeit von Vertretern aufgefallen, die sich in anderen Fragen als Todfeinde gegenüberständen.

Von Moskau bis Guatemala sei über alle Grenzen hinweg die Solidarität und Macht einer Rasse zu verspüren. Es handle sich um eine Macht, welche die Menschen mit Staunen erfüllt, und die, wie man sehe, auch arische und puritanische Vasallen einzuspannen vermöge. Um so größer sei der Heldenmut derjenigen, die ihr Leben einsetzten, um das Joch dieser Macht wenigstens im eigenen Lande zu zerstören.

*

Judenflucht aus Polen.

Das Warschauer Palästinaamt hat aus Palästina die Nachricht erhalten, daß von den 3600 Einreisebewilligungen für Einwanderer für das nächste Halbjahr 2000 für polnische Juden bestimmt sind. Das Palästinaamt hat daraufhin, diese Zahl zu erhöhen, da Hunderttausende von Juden aus Polen auszuwandern wünschen.

Sie möchten aus dem Minimum ins Maximum kommen!

*

Eine interessante Feststellung.

Maurice Colrat schreibt im Pariser „Temps“: „Der deutsche Katholik ist mehr Deutscher als Katholik, der deutsche Sozialist ist mehr Deutscher als Sozialist. Und ich habe Juden gehört, die in Berlin aus ihrem Haus und ihrem Beruf verdrängt worden sind und die sich darüber freuten, daß Hitler die deutsche Einheit vollendet hat.

*

Die Juden in West-Oberschlesien.

Im Zusammenhang mit der Genfer Diskussion über die Auswirkungen der Arierparagraphen im oberschlesischen Abstimmungsgebiet hat der Preußische Justizminister die Anordnung getroffen, daß die Entscheidung über die Vertretungsverbote gegen Rechtsanwälte dieses Gebietes vorläufig ausgesetzt bleibt.

Es handelt sich dabei um eine vorläufige Maßnahme. Bis zur endgültigen Entscheidung können die in Betracht kommenden Anwälte weiter tätig sein. Es steht die Frage zur Prüfung, ob und wieweit die Arierparagraphen in den Gesetzen zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, über die Rechtsanwälte und über die Patentanwälte mit dem deutsch-polnischen Abkommen zu vereinbaren sind. In diesem Abkommen wurde seinerzeit den Minderheiten sprachlicher, religiöser oder völkischer Natur Gleichberechtigung zuerkannt. Beim Abschluß des Abkommens handelte es sich um polnische Minderheiten in den deutschen und deutsche Minderheiten in den jetzt zu Polen gehörigen Teilen Oberschlesiens, während jetzt die Frage aufgetaucht ist, ob der Begriff der völkischen Minderheit auch auf die Nichtarier Oberschlesiens, die unter das genannte Gesetz fallen, anzuwenden ist.

*

Verdrängte Juden in Deutschland.

Die aus den abgetretenen Gebieten (Posen, Westpreußen, Elsaß-Lothringen, Ostoberschlesien) verdrängten jüdischen Anwälte, die erst nach ihrem Wegzug Notare geworden sind und nicht Frontkämpfer waren, mußten nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus ihrem Amte entfernt werden. Es sind Bestrebungen im Gange, für diese jüdischen Anwälte eine Ausnahmebestimmung zu erreichen.

Neuer Oberpräsident von Ostpreußen.

Gauleiter Erich Koch.

Königsberg i. Pr., 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Gauleiter der NSDAP in Königsberg, Erich Koch, ist zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ernannt worden. Die Besetzung des Postens des Vizepräsidenten behält sich das preußische Innenministerium noch vor.

Wie die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ zu melden weiß, ist beabsichtigt, den bisherigen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ‚Kutscher, weiter im Staatsdienst zu beschäftigen.

*

Falschmeldungen über General von Schleicher.

Berlin, 30. Mai. (Eigene Meldung.) In einem Teil der ausländischen Presse, vornehmlich der französischen und tschechischen, wird in großer Aufmachung die Nachricht von einer Verhaftung des ehemaligen Reichskanzlers, General a. D. von Schleicher, gebracht. Wie die Telegraphen-Union von zuständiger Stelle erfährt, entsprechen diese im Auslande verbreiteten Nachrichten in keiner Weise den Tatsachen.

*

Dr. Stadtler wird Nationalsozialist.

Berlin, 31. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Stadtler hat seinen Austritt aus der Deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärt und um Aufnahme in die nationalsozialistische Fraktion gebeten.

*

Brüning bei Hitler.

Berlin, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Reichskanzler Adolf Hitler hatte am Dienstag eine Beprechung mit Dr. Brüning. Im Rahmen der Zentrums-Besprechungen fand am Mittwoch auch eine Tagung des Parteivorstandes statt, die sich mit Fragen der Reorganisation der Partei beschäftigt.

*

Neurath bei Hindenburg.

Berlin, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Reichspräsident von Hindenburg empfing am Mittwoch nachmittag den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath zum Vortrag.

*

Standesrecht und Staatsbürgerrecht.

Das Conti-Bureau meldet aus Kaiserslautern: Auf der Gauamtswaltertagung der NSDAP Rheinpfalz sprach u. a. auch der Vertreter der Reichsleitung, **Schmeer,** der u. a. interessante Ausführungen über die **kommenden Standesgerichte machte, die durch ein demnächst zu erwartendes Gesetz eingesetzt werden würden.** Ihre Aufgabe bestehe darin, Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer **zu untersuchen, wirtschaftliche** Maßnahmen der Betriebe **zu überprüfen** und bei ungerechtfertigten Preisspannen, Lohnkürzungen usw. mit den schärfsten Mitteln vorzugehen.

Der Redner fuhr fort: **„Das Mittel,** das die Regierung damit in der Hand hat, **ist folgendes:** Wir wollen das neue Staatsbürgerrecht davon abhängig machen, daß jeder Mann in irgendeinem Stande tätig ist. Wird **einem Deutschen wegen schwerer Verfehlungen durch das Standesgericht das Standesrecht aberkannt, so geht er gleichzeitig des Staatsbürgerrechts verlustig. Die nationalsozialistische Regierung wird jedoch keinen innerhalb der Reichsgrenzen dulden, der nicht das Staatsbürgerrecht besitzt.“** —

Wo bleiben dann die bösen Leute? Nach internationalem Brauch hätten sie trotz ihrer Staatenlosigkeit zunächst in Deutschland einen Anspruch auf Asylecht.

*

Milde Lüfte in Wien.

Wien, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der mit Spannung erwartete Ministerrat der Österreichischen Bundesregierung hat als Gegenmaßnahme gegen die Grenzspere der Reichsregierung lediglich beschlossen, den Visumzwang für die Ausreise aus Österreich nach Deutschland einzuführen.

Die polnischen Gegenkandidaten.

Der Warschauer **„Expreß Poranny“** bringt eine recht interessante Wahleinzelheit, von der man gerüchtweise schon in Danzig gehört hatte. Am Tage vor der Wahl wurde der zukünftige polnische Abgeordnete Czarnecki in Dirschau verhafet, weil er in eine Schlägerei verwickelt war. Daraufhin hätten die Anhänger seines Gegenkandidaten Moczynski das Gerücht verbreitet, daß es nun keinen Zweck habe, auf die Liste Czarneckis zu stimmen. Das Blatt bringt auch die Äußerung Czarneckis, in dem er behauptet, daß auf die Liste Dr. Moczynskis keine Polen, sondern Juden und einige unzufriedene Deutsche ihre Stimme abgegeben hätten. Gleichzeitig sagt Czarnecki dem mit ihm „listen-verbundenen“ Dr. Moczynski rücksichtslosen Kampf an, wenn Moczynski wirklich sein Ziel, eine neue Vereinigung der Polen in Danzig zu schaffen, verwirklichen wolle. Die Beziehungen innerhalb der polnischen Minderheit in Danzig seien bedauernswert.

Filmregisseur Fuks aus Danzig ausgewiesen.

Der vor wenigen Tagen in Danzig verhaftete Filmregisseur und Inhaber einer Filmgesellschaft, Marjan Fuks, ein polnischer Staatsbürger, der bekanntlich einen „Greuelfilm“ über die Wahlvorgänge in Danzig zu drehen versuchte und zu diesem Zwecke mit geworbenen Statisten den Vorgang selbst in Szene setzte, ist durch die Danziger Verwaltungsbehörden **ausgewiesen worden.**

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 1. Juni.

Wechselnd bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei ansteigenden Tagestemperaturen an.

Vom Pfingstochsen und anderen alten Pfingstbräuchen.

Jeder wird wohl schon einmal die Redensart im Munde geführt haben: „Er sieht aus wie ein Pfingstochse". Man will damit einen Menschen bezeichnen, der sich besonders auffallend und geschmacklos ausgeputzt hat. Die wenigsten aber werden wissen, daß in dieser Redensart die Erinnerung an ganz alte Sitten weiterlebt, die noch auf die Zeiten der alten Germanen und auf ihre heidnischen Festspiele, die sie um die Zeit unseres heutigen Pfingstfestes abgehalten haben, zurückreichen. Sie pflegten nämlich im Monat Mai, wenn draußen in der Natur alles grünte und blühte, ihrer Lebenslust und Freude in Wettspielen Ausdruck zu verleihen. Hinaus in die blühenden Wiesen gingen sie und kämpften miteinander. Wer aber aus diesem Kampfe als Sieger hervorging, dem ward auch außer der Ehre und den Jubelrufen der zuschauenden Menge noch eine materielle Belohnung zuteil, nämlich ein Ochse, dessen Hörner (in späteren Zeiten wenigstens) vergoldet waren. Diese Sitte lebte im Volke auch weiter, als das Christentum seinen Einzug in die Germanenlande gehalten hatte. Das Kampfspiel wurde nunmehr am Pfingsttage vorgenommen, daher sprach man auch vom Pfingstochsen.

Im Laufe der Jahrhunderte erlebten diese Pfingstbräuche manche Abwandlungen, aber sie erhielten sich doch noch bis in die neueste Zeit hinein, so in manchen Gegenden von Schlesien das Reiterfest. Am Pfingsttage zogen alle Dorfbewohner, jung und alt, auf ein benachbartes Brachfeld aus, wo sich ihnen bald ein recht unterhaltsames Schauspiel bieten sollte: die männliche Jugend rüstete sich nämlich zu einem Wettreiten. Dabei wurden den Pferden die Hufeisen abgenommen und ein Flurschütze übte das Schiedsrichteramt aus. Wer sich als der beste Reiter erwies, der wurde zum Pfingstkönig ernannt.

---

§ **Die Zahl der Arbeitslosen in Polen.** Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 27. Mai den amtlichen Angaben des Arbeitsvermittlungsamtes zufolge 239 442 Personen. Im Vergleich zur Vorwoche bedeutet dies einen Rückgang von 4148.

§ **Spazierweg oder Radfahrerweg.** Die Stadtverwaltung hat zusammen mit der Stadtgärtnerei einen schönen Spazierweg an der linken Seite der Brahe geschaffen, der sich allgemeiner Beliebtheit erfreut. Gerade an den schönen Abenden der letzten Tage konnte man feststellen, wie gern dieser Weg zu Spaziergängen benutzt wird. Bedauerlicherweise suchen sich aber auch unverantwortliche junge Leute die geschaffene schöne Promenade zur Verstaltung von Radfahrten und sogar von Wettfahrten aus. Dadurch wird natürlich die Anlage ihren ursprünglichen Bestimmungen entzogen. Abgesehen davon, daß der geschotterte Weg durch die Radfahrer unnötig ruiniert wird, bringt das Fahren auf dem schmalen Wege, der ein Ausweichen nur schwer ermöglicht, gewisse Gefahren mit sich. Kinder können durch die rücksichtslosen Radfahrer leicht von dem Wege in den Fluß gestoßen werden. Die zuständigen Behörden sollten dafür Sorge tragen, daß die Promenade, wie ursprünglich geplant, nur den Spaziergängern zur Verfügung steht.

§ **Einen schweren Unfall** erlitt der 65jährige Kutscher Karl Kolmeyer, Danzigerstraße 146. Als auf dem Güterbahnhof mit Hilfe eines Kraftaufzuges Eisenstücke verladen wurden, wobei der Kutscher behilflich war, sprang plötzlich einer der Hebel des Aufzuges aus seiner Sicherung heraus und schlug dem Kutscher ins Gesicht. Kolmeyer brach blutüberströmt zusammen und wurde in das Städtische Krankenhaus eingeliefert.

§ **Vom Propeller eines Flugzeuges** erheblich verletzt wurde der 30jährige Zygmunt Malinowski, hier, Talstraße (Dolina) 2 wohnhaft. M., der auf dem Flugplatz als Betriebsleiter beschäftigt ist, kam gestern nachmittag einem Flugzeug, dessen Propeller soeben in Gang gebracht wurde, zu nahe, so daß er von diesem plötzlich getroffen und einige Meter weit fortgeschleudert wurde. Man stellte fest, daß M. einen komplizierten Unterarmbruch davongetragen hatte. Der Verletzte wurde nach dem Städtischen Krankenhause geschafft.

§ **Einen bedauernswerten Unfall** erlitt der 25jährige Tischler Czesław Pawłowski. P. war lange Monate arbeitslos gewesen und fand endlich nach langen Bemühungen bei dem Tischlermeister Wybrański in der Mittelstraße Beschäftigung. Als er gestern voller Freude seine Arbeit aufnahm, hatte der Bedauernswerte das Unglück, mit der linken Hand in eine Fräsmaschine zu geraten, die ihm zwei Finger sofort abtrennte und die übrigen derartig verstümmelte, daß von einer Aufnahme seiner früheren Arbeit kaum mehr wird die Rede sein können. Man schaffte den Verunglückten in das Städtische Krankenhaus.

§ **Aus Rache** der Staatsanwaltschaft angezeigt hatte die 43jährige Arbeiterin Anna Swierczynska aus Osiek, Kreis Wirsitz, den Landwirt Alexander Matrucha. Die S. hatte sich im Oktober v. J. vor dem Kreisgericht in Wirsitz wegen Diebstahls zu verantworten. Sie erhielt damals eine mehrmonatliche Gefängnisstrafe. In ihrer Anzeige beschuldigte sie nun den M., der in dem Prozeß als Zeuge gegen sie belastend ausgesagt hatte, daß dieser die Unwahrheit gesagt und sich infolgedessen eines Meineids schuldig gemacht habe. In der jetzigen Gerichtsverhandlung hält die Angeklagte ihre in der Anzeige gemachten Angaben aufrecht und richtet an die Adresse des M. eine Flut von Schimpfworten, so daß der Vorsitzende ihr mit Entfernung aus dem Saale drohte. Da die Gerichtsverhandlung die völlige Haltlosigkeit der falschen Beschuldigung ergeben hat, verurteilte das Gericht die Angeklagte zu einer Strafe von 3 Monaten Gefängnis. ‡

§ **Gerichtliches Nachspiel eines Streites mit Arbeitslosen.** Wegen Körperverletzung hatte sich der 22jährige Landwirtssohn Clemens Breitenbach aus Margonin, Kreis Kolmar, vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Am 26. August v. J. erschienen auf dem Gehöft des Angeklagten die Arbeitslosen Walenty Różański und Josef Czerwiński und baten den Angeklagten um ein Almosen. Da sie Roggen verlangten und sich obendrein aufdringlich benahmen, wies sie B. vom Gehöft und begab sich an seine Arbeit. Während des Wortwechsels mit den beiden Arbeitslosen erschien der Vater des Angeklagten, Valentin B., mit dem Różański abermals einen Streit begann, dem B. der Ältere dadurch ein Ende machte, daß er die beiden Aufdringlichen zum Verlassen des Gehöfts aufforderte. Kaum hatte er jedoch das letzte Wort ausgesprochen, als R. ihm auch schon mit einem Weidenrohr einen Schlag ins Gesicht versetzte. Der Geschlagene rief nun seinen Sohn zu Hilfe, der in der Eile einen jungen Baumstamm (etwa 15 Zentimeter Durchmesser und 2 Meter Länge) ergriff, dem fliehenden R. nacheilte und ihm einen Schlag versetzte. Von dem Schlag erlitt R. einen Schädelbruch. Der Angeklagte, der sich zur Schuld bekennt, wurde vom Gericht zu einem Jahr Gefängnis mit zweijährigem Strafaufschub verurteilt. Das Gericht sprach dem Angeklagten mildernde Umstände zu. ‡

§ **Wegen Dokumentenfälschung** hatte sich der 22jährige Piotr Dobroch aus Bartschin Dorf vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. D., der zur Zeit in Thorn beim Militär dienst, hatte am 18. September v. J. zwei Meldeformulare dahin gefälscht, daß er diese eigenmächtig mit dem Namen des Landwirts Stanisław Beldowski, der zur Abmeldung verpflichtet war, unterschrieb. Der Angeklagte bekennt sich vor Gericht zur Schuld, gibt jedoch an, daß er im Kreisamt sofort auf die eigenmächtige Unterschrift aufmerksam gemacht habe, da B. sich weigerte, die Meldezettel selbst zu unterschreiben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis, gewährte ihm jedoch eine dreijährige Bewährungsfrist. ‡

§ **Zu einer wüsten Schlägerei** kam es gestern auf dem Wollmarkt zwischen zwei Federhändlerinnen. Der Streit soll um einen Standplatz entstanden sein. Die beiden Frauen schlugen mit den Beuteln, die mit den Federn gefüllt waren, aufeinander ein. Dabei gingen die Säcke und Beutel entzwei, so daß die beiden Frauen in eine dichte Federwolke gehüllt waren. Die Polizei machte dem wüsten Treiben, in dessen Verlauf die eine der Kämpfenden einen Tobsuchtsanfall bekommen hatte, ein Ende.

§ **Ein Feuer** brach gestern gegen 9,40 Uhr im Hause Kujawierstraße 45 aus. In einer Wohnung waren Betten in Brand geraten. Die alarmierte Feuerwehr konnte in kurzer Zeit das Feuer löschen.

Blau springen auf die Fliederherzen.
Süß brennen die Kastanienkerzen
und eine alte Linde schneit.
Ein greiser Turm summt seinen späten
Psalter;
und wie ein Himmelsfähnchen segt ein
Falter
durch eingeschlafne Sommerherrlichkeit.

Max Jungnickel.

Folgen der Verhetzung.

j **Ostrowo**, 31. Mai. An einem Abend der vergangenen Woche passierten drei in der Stadt bekannte und angesehene Bürger deutscher Nationalität die Raschkower Straße, als sie plötzlich von einem Jugendlichen in verabscheuungswürdigster Weise angepöbelt wurden. Da der Bursche immer aufdringlicher wurde, sagte schließlich einer der drei Straßenpassanten in polnischer Sprache zu ihm: „Halt doch deinen Mund!" Darauf holte sich der Jugendliche aus einer nahegelegenen Restauration zwei Helfer und folgte den drei Deutschen, die, um weiteren unangenehmen Beleidigungen zu entgehen, in eine Seitenstraße abgebogen waren. Hier versperrte man den Deutschen den Weg, griff sie tätlich an und bedrohte sie mit einem Revolver. Den Angegriffenen gelang es, den Arm mit der Waffe hochzureißeen und den beiden Hauptangreifern eine verdiente Tracht Prügel zu verabfolgen. Der dritte griff, als er sah, daß der Überfall mißlungen war, gar nicht in den Kampf ein. Während die Deutschen sich bei ihm nach den Namen ihrer Angreifer erkundigten, waren diese zur Polizei geeilt, wo sie angaben, von Deutschen überfallen und mit der Waffe bedroht worden zu sein, die sie den Angreifern abgenommen hätten. Sie bäten um sofortige Verhaftung der Schuldigen. Als der Beamte aus der Tür trat, stieß er auf die drei Angegriffenen, die ihrerseits ebenfalls Anzeige erstatten wollten. Auf dem Polizeirevier blieb der Anstifter anfänglich bei seiner Behauptung, verwickelte sich jedoch später in Widersprüche und gab endlich die Wahrheit zu. Nach der Protokollaufnahme behielt die Polizei die Schuldigen nun wirklich in Haft und ließ die drei Überfallenen gehen.

---

z **Inowroclaw**, 31. Mai. Bisher unermittelte Diebe drangen in der Nacht zum Mittwoch durch Eindrücken der Fensterscheibe in die Räume der Postagentur Pieranie hiesigen Kreises ein, konnten aber im letzten Augenblick, nachdem sie bereits den Kassenschrank erbrochen hatten, vom Hauseigentümer verjagt werden.

wi **Janowitz** (Janówiec), 31. Mai. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend voriger Woche wurden dem Landwirt Niedermeyer in Tonndorf (Tonowo) von dreisten Spitzbuben zwei fast neue Kutschgeschirre mit Nickelbeschlag, ein Herrenfahrrad, ca. 20 Flaschen Johannisbeerwein, einige Gläser Gelee u. a. m. gestohlen.

Es ist der Polizei gelungen, mehr als zehn Spitzbuben, die eine Kuh und ein Schwein bei Lopienno gestohlen und geschlachtet haben, dingfest zu machen.

+ **Lissa** (Leszno), 31. Mai. Gestern wurde gegen 10 Uhr abends das Urteil in der Totschlagsaffäre Oester im hiesigen Bezirksgericht gefällt. Oester wurde zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Ein Einbruchsdiebstahl wurde am Sonntag in die Wohnung des Schuhmachermeisters Krause an der Kostenerstraße 72 verübt. Die Diebe schnitten aus der Kommode das Schloß heraus und stahlen aus ihr einen Barbetrag von 200 Zloty.

♣ **Posen**, 31. Mai. Der hiesigen Polizei ist die Verhaftung eines gefährlichen Kommunisten, Josef Wieczorek, gelungen, der hier eine sehr lebhafte Agitation entfaltete. Er war seinerzeit Abgeordneter der Kommunistischen Partei im Schlesischen Sejm, wurde in Haft genommen und flüchtete 1931 beim Transport ins Gefängnis. Vor längerer Zeit kam er nach Posen. Bei ihm wurde stark belastendes staatsfeindliches Material gefunden.

Auf dem Gute Jeziorki im Kreise Posen wurde die große Dampfmühle eingeäschert. Der Schaden beziffert sich auf mehrere hunderttausend Zloty. — In der Wohnung der Frau Dr. Wierzbicka, fr. Kaiserring 2, entstand durch Explosion eines Spirituskochers ein Brand, der verschiedene Möbelstücke beschädigte. Bei den Löschversuchen wurden die Wohnungsinhaberin und ihre Aftermieterin Janina Murkowska durch die Flammen stark verletzt.

Die Ehefrau Anna Chaftka, Ziegenstraße 23, unternahm nach einem Ehezwist einen Vergiftungsversuch. Sie wurde im hoffnungslosen Zustande dem Stadtkrankenhause zugeführt.

Einbrecher stahlen aus der Wohnung der Marie Kruszona, fr. Nollendorfstraße 37, Kleidungs- und Wäschestücke für 3500 Zloty; aus der Wohnung von Czajkowski, fr. Karmeliterwall 22, einen goldenen Ring, einen Wecker und eine Rechenmaschine für 1300 Zloty; aus der Wohnung der Marie Malińska, Zawade 28, drei Mäntel, 2 Kleider, eine goldene Armbanduhr und eine Korallenkette.

ss **Strelno** (Strzelno), 31. Mai. Am gestrigen Tage versuchte ein Gefangener, welcher im hiesigen Gerichtsgefängnis eine Strafe verbüßt, sich die goldene Freiheit zu verschaffen. Er stellte sich krank und verlangte, vor den Arzt geführt zu werden. Als sich der Gefängnisaufseher Pietrzak mit ihm auf der Straße befand, machte er blitzschnell kehrt und lief trotz der Handfesseln in der Richtung Blawaty durch Gärten, über Zäune und Gräben ins Feld. P. gab auf den Fliehenden einige Schüsse ab, worauf auch die Polizei auf Rädern und Wagen dem Flüchtling nachjagte, der nach kurzer Zeit ergriffen wurde.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Rätselhafter Leichenfund.

Wilna, 1. Juni. (PAT) In der Nähe der Eisenbahnstation Panary, etwa einen Kilometer von dem Eisenbahngleis entfernt, fand ein Hirt gestern eine verkohlte Leiche. Die Leiche war derart entstellt, daß nicht einmal festgestellt werden konnte, ob man es mit einer Frau oder einem Manne zu tun habe. In der Nähe der Brandstelle fand man zwei zerschlagene Flaschen, ein Kleid, einen Sweater, ein Stück einer Photographie, aus der das Gesicht herausgerissen war, sowie zwei Stücke eines russischen Passes. Eine Kommission hat sich an den Tatort begeben, um den rätselhaften Leichenfund aufzuklären.

---

e **Alexandrowo**, 31. Mai. Seinerzeit berichteten wir von einem Raubüberfall auf den Hufner Franciszek Olczak in Kajetanowo, wobei den Banditen 1140 Zloty zur Beute fielen. Den energischen Nachforschungen der Polizei gelang es, den wahren Tatbestand bald aufzudecken. Ins Kreuzverhör genommen, gestand O. endlich ein, daß er das Opfer eines Betrügers geworden sei. Zu ihm kam nämlich ein eleganter Herr, der ihm den Vorschlag machte, mehr Geld in den Verkehr zu bringen. Mit Freuden ging Olczak auf dieses Anerbieten ein. Der Menschenfreund ließ sich 1140 Zloty in Banknoten geben, beschmierte sie mit einer Flüssigkeit und legte die Geldscheine in eine Presse. Nach 6 Stunden sollten dann eine beliebige Zahl Abzüge von den Banknoten gemacht werden. Als Olczak nach Ablauf der festgesetzten Zeit mit der lohnenden Beschäftigung beginnen wollte, fand er zu seinem Schrecken fein säuberlich zugeschnittenes Zeitungspapier, von den 1140 Zloty konnte er trotz eifrigen Suchens nichts finden. Die hatte der „Menschenfreund" mitgehen lassen.

Im Dorfe Chrusty brannte die Scheune des Besitzers Koscierzynski ab. Der Schaden wird auf 4000 Zloty geschätzt.

In Turzno ging das ganze Anwesen des Besitzers Wypij in Flammen auf. Das Feuer entstand durch weggeworfene Zigarettenstummel.

Aus Liebeskummer hat sich das 20jährige Dienstmädchen Stanisława Kalińska erschossen.

Zu einer blutigen Schlägerei kam es bei einem Tanzvergnügen im Dorfe Mikoschin. Zwischen den Burschen kam es wegen einer Dorfschönen zu einer Rauferei, wobei Fr. Rożal mit einem Steine dem Antoni Wierzbicki einen solchen Schlag in das Gesicht versetzte, daß W. in kurzer Zeit verschied. R. wurde verhaftet.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 1. Juni 1933.

Krakau — 3,06, Zawichost + 0,97, Warschau + 1,27, Plock + 0,78, Thorn + 0,68, Fordon + 0,70, Culm + 0,64, Graudenz + 0,82, Kurzebrak + 0,95, Pieckel + 0,24, Dirschau + 0,09, Einlage + 2,18, Schiewenhorst + 2,40.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: J. V. Arno Ströse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 125.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 125.

Bromberg, Freitag den 2. Juni 1933.

Pommerellen.

1. Juni.

Graudenz (Grudziądz).

× **Submission.** Der Magistrat gibt bekannt, daß er einen an der ul. Fijewska gelegenen, 2470 Quadratmeter großen Bauplatz verkaufen will. Als Bedingung wird die Verpflichtung des Erwerbers gestellt, auf dem Terrain ein Wohnhaus zu erbauen und damit noch im laufenden Jahre zu beginnen. Verschlossene Offerten mit Angabe des gebotenen Kaufpreises sind, versehen mit der Aufschrift „Oferta na kupno placu budowlanego“, bis zum 6. Juni d. J., mittags 12 Uhr, dem Magistrat (Grundstücksverwaltung), Rathaus, Zimmer Nr. 318, einzureichen. Die freie Auswahl unter den Bewerbern oder auch die Außerachtlassung sämtlicher eingegangenen Offerten behält sich der Magistrat vor. *

× **Fliegerunfall.** Dienstag nachmittag gegen 1 Uhr stieg im hiesigen Fliegerhafen ein Eindecker zu einem Übungsfluge auf. Unweit des Restaurants Rehkrug (Sarniak) war der Flieger infolge Motordefekts zu einer Notlandung gezwungen, wobei der Apparat auf dem Dache des Restaurationsgebäudes zu liegen kam. Während das Flugzeug schwer beschädigt wurde, kam der Pilot wie durch ein Wunder ohne Verletzungen davon. Auch sonstige Personen erlitten bei der Katastrophe keine Verwundungen. Das Gebäude, insbesondere das Dach, wurden teilweise beschädigt. An der Unfallstelle erschien nähere Erhebungen anstellte. Der schwer beschädigte Aeroplan wurde mit Lastauto der Fliegerstation zugeführt. *

t **Wochenmarktbericht.** Außerordentlichen Verkehr und starke Zufuhr bot der Mittwoch-Wochenmarkt. Es wurde viel gekauft, zumal Fest und Einsegnungen vor der Türe stehen. Butter kaufte man für 1,30—1,60, Eier 1—1,10. Die Gemüsepreise bewegten sich in bisherigen Bahnen, desgleichen die Preise für Fische und Geflügel. Die ersten grünen Stachelbeeren konnte man schon kaufen, das Pfund zu 0,60. Pfingstgrün, Kalmus, Maiglöckchen und Flieder kosteten 0,05—0,10. Neben Butterpilzen zu 0,25 gab es auch schon Steinpilzen für 0,60. *

× **Der folgenschwere Konflikt,** der sich im Juli v. J. im Dorfe Weburg (Wiewiórki), Kreis Graudenz, zwischen dem Besitzer Konrad Naß und zwei Fremden abspielte, kam am Dienstag vor der Strafkammer des Bezirksgerichts zur Verhandlung. Wir haben seinerzeit über den Verlauf der Angelegenheit berichtet. Es war dazu gekommen, daß N. zur Waffe griff und den einen der beiden Aufdringlichen namens Piskor durch einen Schrotschuß in Rücken und Beinen nicht unerheblich verletzte. Der andere der Ansprechenden, Jan Zurawski, erhielt bei dem Krawall, in dem auch der Sohn Bruno dem Vater zur Seite gestanden hatte, von dem Besitzer N. einige Stockhiebe auf den Kopf, die ebenfalls Verletzungen zur Folge hatten. P. und Z. wurden nach dem Vorfalle ins Graudenzer Krankenhaus gebracht. Die Anklage lautete nun gegen den Besitzer N. auf versuchten Totschlag sowie schwere Körperverletzung. Der Angeklagte bestritt seine Schuld. Das Gericht kam aber auf Grund der Zeugenaussagen zu einem verurteilenden Spruche und erkannte auf 1½ Jahre Arrest. In Erwägung dessen, daß mildernde Umstände für vorliegend erachtet wurden, wurde dem Angeklagten eine Bewährungsfrist von fünf Jahren zugebilligt. *

× **Eine Einbrecherbande** hatte sich am Dienstag vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Angeklagt waren Teodor Górski aus Unterberg (Morgi), Kreis Schwetz, sein Bruder Maximilian und Eduard Klein aus Neuenburg (Nowe), sowie als Hehler die Ehefrau des Teodor G., Gertruda, sowie das Ehepaar Rozalja und Franciszek Majewski. Die erstgenannten Angeklagten haben teils allein, teils gemeinschaftlich Neuenburger Kaufleute um Eisenwaren, Küchengerät, Lebensmittel usw. im Gesamtwert von etwa 10 000 Złoty bestohlen. Die Polizei fand bei den in den Wohnungen der Angeklagten erhebliche Mengen gestohlener Waren, die einen Wert von rund 7000 Złoty darstellten. Teodor Górski, der Hauptangeklagte, war zum Teil geständig. Er gab Arbeitslosigkeit und daraus resultierende Not als die Triebfeder seiner Vergehen an. Max Górski und Klein dagegen leugneten ihre Beteiligung bei den Einbruchsdiebstählen und behaupteten, sie hätten die bei ihnen gefundenen Sachen auf Jahrmärkten oder von Teodor Górski erworben. Die der Hehlerei Beschuldigten wollen von der unredlichen Herkunft der bei ihnen gefundenen Gegenstände nichts gewußt haben. Das Gericht erkannte nach Vernehmung einer großen Anzahl Zeugen gegen T. Górski auf 4 Jahre Gefängnis, gegen M. Górski auf 1 Monat und gegen Edmund Klein auf 6 Monate Gefängnis; letztere beiden erhielten je 3 Jahre Bewährungsfrist. Gertruda Górski wurde zu 1 Jahr und Fr. Majewski zu 3 Monaten Arrest mit ebenfalls drei- bzw. fünfjähriger Bewährungsfrist verurteilt; Rozalja Majewska wurde freigesprochen. *

× **Der bestohlene Magistrat.** Aus einem Zimmer des Rathauses sind von dort lagernden Lebensmitteln 40 Pfund Zucker entwendet worden. *

× **Fahrraddiebereien ohne Ende.** Tagtäglich werden jetzt Fahrräder entwendet. Laut letztem Polizeibericht waren Franciszek Chanielecki, Kalinkerstraße (Kalinkowa) 62, sowie Franciszek Pulkowski, Culmerstraße (Chełmińska) Nr. 89, die Opfer der Spitzbuben. *

Thorn (Toruń).

Der Chauffeur Jakubowski freigesprochen.

Die sensationelle Verhandlung in Sachen der in der Nacht zum 15. Februar 1931 an der Person des Malers Anton Górecki verübten Mordtat, mit der sich das Thorner Appellationsgericht zum dritten Male beschäftigen mußte, endete überraschenderweise mit der Freisprechung des Angeklagten Jakubowski, und zwar mangels ausreichender Beweise. Der in allen Instanzen von dem hiesigen Rechtsanwalt Przysiecki verteidigte Jakubowski wurde sofort nach der Urteilsverkündung in Freiheit gesetzt. * *

‡ **Apotheken-Nachtdienst** von Donnerstag, 1. Juni, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 8. Juni, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst an beiden Pfingstfeiertagen hat die „Adler-Apotheke“ (Apteka pod Orłem), Altstädtischer Markt (Rynek Staromiejski) 4, Fernsprecher 7. * *

‡ **Der Wasserstand** der Weichsel betrug Mittwoch früh fast unverändert 0,69 Meter über Normal, die Wassertemperatur beinahe 13 Grad Celsius. * *

* **Wichtig für Hausbesitzer!** Frei von Abgaben für den neueingerichteten Arbeitsfundus (Fundusz pracy) sind sämtliche Dienstwohnungen (für Portiers usw.), d. h. solche Wohnungen, für die der Hausbesitzer kein bares Geld erhält. Die ersten Zahlungen auf den Arbeitsfundus und zwar für das zweite Quartal laufenden Jahres (April-Mai-Juni) sind im August zu leisten. — Der Magistrat versendet jetzt an alle Hausbesitzer Zahlungsbefehle betr. Straßenreinigungsgebühr. Derartige Zahlungsbefehle haben nun irrtümlicherweise auch solche Hausbesitzer erhalten, deren Grundstücke an ungepflasterten Straßen liegen, für die also eine Gebühr nicht erhoben werden darf. Bei Erhalt des Zahlungsbefehls empfiehlt es sich, an Hand unserer Aufstellung in Nr. 112 der „Deutschen Rundschau“ vom 17. Mai cr. festzustellen, ob die betreffende Straße der richtigen Kategorie zugerechnet ist. Sollte dies nicht der Fall sein oder sollte die Gebühr an einer nichtgepflasterten Straße erhoben werden, so muß auf jeden Fall rechtzeitig Reklamation eingelegt werden. * *

v **Öffentliche Ausschreibung.** Das Bezirksbauamt Nr. VIII in Thorn (Okręgowy Urząd Budownictwa Nr. VIII w Toruniu) hat nachstehende Arbeiten zur Vergebung ausgeschrieben: 1. Instandsetzung der elektrischen Lichtleitung in den Kasernen des 62. Infanterie-Regiments in Bromberg, Termin am 12. Juni 1933, 10 Uhr; 1a. Renovierung des Kasinos in der Kavallerie-Schule in Graudenz — 12. Juni 1933, 11 Uhr. 2. Instandsetzung der Badekessel in der Artillerie-Schießschule in Podgorz bei Thorn — 14. Juni 1933, 10 Uhr. 3. Instandsetzung des Gebäudes nr. ew. 215 beim II. Bataillon des 67. Infanterie-Regiments in Rudak bei Thorn — 11. Juni 1933, 11 Uhr. 4. Stallheizung im Gebäude nr. ew. 2497 für das 8. Schützenregiment in Culm — 17. Juni 1933, 10 Uhr. 5. Neudeckung der Pappdächer bei den Gebäuden nr. ew. 1755, 1766 — 64. Infanterie-Regiment Graudenz — 19. Juni 1933, 10 Uhr. 6. Auswechslung der Säulen in den Kasernen- und Stallgebäuden des 16. Ulanen-Regiments in Bromberg. 7. Anbau und Instandsetzung des Wohngebäudes nr. ew. 957 in der ulica Przedzamcze in Thorn — 26. Juni 1933, 12 Uhr. 8. Instandsetzung der Kanalisations- und Wasserleitungsanlage sowie Einrichtung einer Warmwasseranlage in der Kavallerieschule in Graudenz — 20. Juni 1933, 10 Uhr. 9. Fertigstellung von Fenstern in den Gebäuden nr. ew. 29 und 67 sowie Vergrößerung des Speisesaales im Gebäude nr. ew. 67 in der Artillerie-Fähnrichsschule in Mocker — 22. Juni 1933, 11 Uhr. 10. Installation einer Dampfküche beim I. Schützen-Bataillon in Konitz — 24. Juni 1933, 10 Uhr. 11. Einrichtung eines Waschraumes in der Artillerie-Fähnrichsschule in Thorn — 24. Juni 1933, 11 Uhr. Die Gesamt- und Einzelbedingungen, Kostenanschlagsformulare, Offertvorschriften, Zeichnungen usw. sind erhältlich und einzusehen im Bezirks-Bauamt Nr. VIII in Thorn, Plac św. Jana 3, täglich von 12 bis 13 Uhr. Die Bürgschaft beträgt 3 Prozent der Offertsumme. Das Recht der Vergebung der Arbeiten an mehrere Offerenten oder der Ungültigkeitserklärung der Ausschreibung, als auch der freien Auswahl der Bewerber bleibt vorbehalten. * *

t **Glück muß der Mensch haben.** Ein Landmann aus Birglau (Bierzgłowo), der am Montag in die Stadt gekommen war, stellte sein Einspännerfuhrwerk auf der ehemaligen Culmer Esplanade ab, um seinen Besorgungen nachgehen zu können. Zurückgekehrt, fand er Wagen und Pferd nicht mehr vor. In der Annahme, daß nur ein Diebstahl vorliegen könne, erstattete er sofort im nahen Polizeikommissariat Meldung von dem Vorfall, und dann begab er sich nach Hause. Hier fand er zu seinem größten Erstaunen Wagen und Pferd wohlbehalten vor. Dem braven Tier war die Zeit anscheinend zu lang geworden und es machte sich aus freien Stücken allein auf den Heimweg nach seinem zwei Meilen entfernten Stalle. Da der Ortssinn der Pferde allgemein bekannt ist, nimmt dies nicht weiter wunder; verwunderlich ist es nur, daß das herrenlose Fuhrwerk nicht unterwegs von irgend jemand aufgehalten wurde. * *

v **Einen plötzlichen Tod** fand die 75jährige Anna Lipertowicz, wohnhaft Mellienstraße (Mickiewicza) 75, deren Leiche, wie wir bereits berichteten, in einem Weidengestrüpp der Bazarkämpe gefunden wurde. Die alte Frau hatte sich Montag früh auf die Kämpe begeben, um dort etwas Brennholz aufzulesen. Ihrem Leben wurde durch einen Herzschlag ein jähes Ende bereitet. * *

v **Unter die Räder eines Autos** geriet in der Schlachthausstraße (ul. Przy Rzeźni) der Radfahrer Jan Szałach, wohnhaft in Schönsee (Kowalewo). Der Überfahrene mußte ärztliche Hilfe im Stadtkrankenhaus in Anspruch nehmen. — Die zahlreichen Verkehrsunfälle, die sich in der letzten Zeit ereigneten, machen es notwendig, daß sowohl Auto- und Motorradfahrer, wie auch Fußgänger darauf hingewiesen werden, die den allgemeinen Verkehr betreffenden Vorschriften genau zu beachten. Auch die Eltern und Erzieher täten gut daran, die Kinder, die den Fahrdamm allzu gern als Spielplatz benutzen, auf die Gefährlichkeit eines solchen Treibens aufmerksam zu machen. * *

t **Straßenunfall.** In der Blücherstraße (ul. Małachowskiego) wurde am Dienstag der 7 Jahre alte Edward Pawlikowski von einer Militärperson mit dem Fahrrade überfahren. Der Junge zog sich dabei einen Bruch des rechten Beines und nicht unerhebliche Kopfverletzungen zu, so daß er in das Diakonissenkrankenhaus in Mocker eingeliefert werden mußte. * *

t **Fahrraddiebstahl.** Aus dem Korridor des Starosteigebäudes wurde dem Konstanty Wronkowski aus Culmsee das dort untergestellte Fahrrad von einem Unbekannten gestohlen. * *

t **Durch einen Taschendieb** wurde im Personenzuge Graudenz—Thorn der aus Krakau kommende Zbigniew Czerwiński um seine Brieftasche bestohlen. Sie enthielt 150 Złoty, verschiedene Dokumente und eine Fahrkarte Gdingen—Krakau. * *

‡ **Unter Diebstahlsverdacht** wurde am Dienstag eine Frau in Polizeiarrest genommen; außerdem wurden zwei Personen wegen Trunkenheit sistiert. — Angezeigt wurden der Polizei vier kleinere Diebstähle und ein Fall unrechtmäßiger Aneignung; zu Protokoll genommen 16 Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften. * *

*

‡ **Aus dem Landkreise Thorn,** 30. Mai. Neulich abend wurde in einem Straßengraben bei Grabia ein etwa fünf Monate alter Säugling männlichen Geschlechts gefunden, den die Gemeinde Grabia in Obhut nahm. Als Mutter des Kindes wurde jetzt die 20 Jahre alte Stefanja Zamroz aus Klepary, Kreis Inowrocław, ermittelt. Sie hat bereits eingestanden, das Kind ausgesetzt zu haben. Die Leiche eines etwa zehn Monate alten Knäbleins wurde gestern abend an der Schleuse bei der Leibitscher Mühle in Leibitsch (Lubicz) aus der Drewenz gefischt. Nach der Mutter des Kindes wurden polizeilicherseits sofort Ermittlungen eingeleitet. * *

= **Aus dem Landkreis Thorn,** 31. Mai. Nach einer kurzen Ruhepause beginnen die Diebe von neuem ihre Arbeit. Bei dem Besitzer Witt in Pensau wurde nachts die Speisekammer ausgeräumt. Der Besitzer J. Steinke in Rentschkau hat erneut einen Verlust von Fleischwaren durch Diebstahl erlitten.

ef **Briesen** (Wąbrzeźno), 31. Mai. Langfinger stahlen aus dem Kutschwagen der Frau Gutsbesitzer Mathes-Nielub zwei Pakete Fleisch. Es ist jedoch gelungen, die Diebe zu ermitteln und festzunehmen. — Unbekannte Täter schlugen dem Kaufmann Lewandowski eine Schaufensterscheibe ein und stahlen sodann mehrere Flaschen Spirituosen. — Am Schloßberg ist eine größere Menge Schweinefleisch gefunden worden, das wahrscheinlich von einem Diebstahl herstammt. Der rechtmäßige Eigentümer kann sich auf dem hiesigen Polizeikommissariat melden.

n **Goßlershausen** (Jablonowo), 31. Mai. Der heutige Wochenmarkt war recht stark besucht. Für Butter wurden 1—1,20, für Eier 0,80—0,90 Złoty gezahlt. Die Schweinepreise haben erneut nachgegeben. Für gute Ware wurden 42—44 Złoty, für Baconschweine 35—36 Złoty gezahlt. Die Ferkelpreise sind ebenfalls abgeflaut, es wurden 24—35 Złoty für das Paar verlangt.

Thorn.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, d. 4. Juni 1933 (Pfingsten)

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Altstädt. Kirche. Ersten Feiertag vorm. 10½ Uhr Gottesdienst*, Pfr. Steffani 11½ Uhr Kindergottesdst.

St. Georgen-Kirche. 1. Feiertag vorm. 9 Uhr Kindergottesdienst (mit Gemeinde), 2. Feiertag vorm. 10½ Uhr Gottesdienst*, Pfr. Heuer.

Evgl.-luther. Kirche. Bachestr. (Strumykowa) 8 1. Feiertag vorm. 10 Uhr Predigtgottesdst.*, 2. Feiertag vorm. 10 Uhr Predigtgottesdst.* in Polichnowo, Past. Brauner.

Dameran. 1. Feiertag nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Ostrometzko. 2. Feiertag vorm. 10 Uhr Gottesdst.*, 11½ Uhr Kindergottesdst.

Podgorz. 1. Feiertag vorm. 10 Uhr Gottesdst.* (Konfirmandenprüfung), Sup. Herrmann.

Nessau. Ersten Feiertag nachm. 3 Uhr Gottesdienst, Sup. Herrmann.

Gurske. 2. Feiertag vorm. 10 Uhr Gottesdienst*, (Konfirmandenprüfung) Sup. Herrmann.

Gramtschen. 1. Feiertag vorm. 9 Uhr Gottesdienst, Pfr. Knorr.

Rogau. 1. Feiertag vorm. 11 Uhr Gottesdienst*, Pfr. Knorr.

Leibitsch. 2. Feiertag vorm. 8 Uhr Gottesdienst*, Pfr. Knorr.

Grabowitz. 2. Feiertag vorm. 11 Uhr Gottesdienst* Pfr. Knorr.

Rentschkau. 1. Feiertag vorm. 10 Uhr Gottesdienst* ebenfalls Kindergottesdst., nachm. 4 Uhr Jugendversammlung, 2. Feiertag nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Luben. 2. Feiertag vorm. 10 Uhr Gottesdst., anschl. Kindergottesdienst.

Hohenhausen. 1. Feiertag nachm. 2 Uhr Gottesdienst*.

Groß Bösendorf. Ersten Feiertag vorm. 10 Uhr Hauptgottesdst.*, 11½ Uhr Kindergottesdst., 2. Feiertag vorm. 10 Uhr Gottesdienst* in Guttau.

Neubruch. 2. Feiertag vorm. 10 Uhr Lesegottesdst.

Graudenz.

Kirchenzettel.

Sonntag, d. 4. Juni 1933 (Pfingsten)

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Stadtmission Graudenz, Ogrodowa 9—11. 1. Feiertag vorm. 9 Uhr Morgenandacht, nachmitt. 6 Uhr Pfingstfeier, 2 Uhr Pfingstfeier in Schönbrück, 3 Uhr Jugendbund in Schönbrück, ½1 Uhr Kindergottesdienst in Treul, 2 Uhr Pfingstfeier in Treul, 3 Uhr Jugendbund in Treul. 2. Feiertag vorm. 9 Uhr Morgenandacht, abds. 7 Uhr Jugendbund, Dienstag abends 7 Uhr Andacht in Weburg, Mittwoch abds. ½8 Uhr Musikstd., Donnerstag abends 7½ Uhr Bibelstunde, Freitag abds. ½8 Uhr Gesangstunde.

Rehwalde. 2. Feiertag vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Rehden. 1. Feiertag vorm. 10 Uhr Gottesdienst* 2. Feiertag vorm. 8 Uhr Gottesdienst.

Wittenburg. 1. Feiertag vorm. ½10 Uhr Gottesdienst mit Einsegnung*, 2. Feiertag nachm. 2 Uhr Jungmädchenverein.

Golub. 1. Feiertag nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Polkau. 2. Feiertag vorm. 10 Uhr Gottesdienst*.

Tuchel. 1. Feiertag vorm. 6 Uhr Friedhofsandacht, 10 Uhr Predigtgottesdienst, 2. Feiertag vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst.

Zwitz. 1. Feiertag nachm. 3 Uhr Predigtgottesdienst. 2. Feiertag vorm. 6 Uhr Friedhofsandacht, 10 Uhr Lesegottesdienst.

tz **Konitz** (Chojnice), 31. Mai. Der heutige Wochenmarkt war schlecht besucht. Butter kostete 1,40—1,50, Eier brachten 0,90—1,00, Ferkel 30—40 Złoty.

Spurlos verschwunden ist von der Weide eine Kuh im Werte von 130 Złoty, die dem Landwirt Borzych in Schönfeld gehörte. Einem Henryk Stamm wurde aus dem Korridor des Finanzamtes ein Fahrrad gestohlen.

h **Löbau** (Lubawa), 31. Mai. An der Straßenecke 19 stycznia und Rzepnikowskiego kam es kürzlich zu einem Zusammenstoß zwischen einem Motorrad und einem Fuhrwerk, wobei dem Motorradfahrer die Schulterknochen gebrochen wurden.

In Rosenthal (Rożental) brach ein Feuer im Gehöft des Landwirts Uminski aus. Bei der Rettungsaktion waren die Feuerwehren aus Rosenthal, Byszwald und Kazanice beteiligt und dank ihrer Hilfe konnte der Brand lokalisiert werden. Niedergebrannt ist das Wohnhaus. Das Mobiliar konnte gerettet werden.

p **Neustadt** (Wejherowo), 31. Mai. Endlich ist dieser Tage auch mit der Kanalisierung der Himmelfahrtsstraße begonnen worden, wodurch einem Teil der Arbeitslosen Verdienstmöglichkeit geboten ist. — Auch auf dem Exerzierplatz sind einige Handwerker und Handlanger bei Aufführung von Kleinbauten beschäftigt.

÷ **Tuchel** (Tuchola), 31. Mai. Der hiesige neugegründete Seglerklub hat wesentlich zur Verschönerung des Glambotschek-Seestrandes beigetragen: Eine weite Fläche wurde mühselig planiert, ein wirklich nettes, das Auge erfreuendes Bootshaus wurde nach dem Entwurf des hiesigen Architekten Paul Zühlke erbaut, umgeben von wunderschönen gärtnerischen Anlagen. Ein Bootssteg führt in den See hinein, der aber wohl nur zu bald sich als zu kurz erweisen dürfte, da bereits jetzt der Seglerklub über 18 Boote verfügt.

P **Vandsburg** (Więcbork), 31. Mai. In den Vormittagsstunden des gestrigen Dienstag kam es an der Ecke Nakeler- und Flatowerstraße zu einem Zusammenstoß zwischen einem Auto eines hiesigen Bürgers sowie einem Radfahrer, welcher in voller Fahrt auf der abschüssigen Nakeler Chaussee gegen das Auto prallte. Der Radfahrer erlitt hierbei schwere Gesichtsverletzungen. — Ein zweiter Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Auto erfolgte in der Hallerstraße, wobei der Radfahrer mit dem Schrecken davonkam.

Am letzten Sonntag hatten Bubenhände auf der Chaussee Vandsburg—Schmilowo Steinhindernisse aufgebaut. Ein Motorrad fuhr in eines dieser Hindernisse. Der Fahrer wurde zu Boden geschleudert und erlitt erhebliche Verletzungen.

Im nahen Seemark wurde ein achtjähriger Knabe am Kopfe durch Hufschlag eines Pferdes derartig verletzt, daß er am Tage nach der Einlieferung ins hiesige Krankenhaus verschied.

* **Vandsburg** (Więcbork), 31. Mai. Geldschrankknacker erbrachen gestern nacht mittes eines Krebses den in der Kanzlei des Diakonissenhauses stehenden Geldschrank, aus dem sie 400 Złoty in Banknoten mitnahmen, während sie etwa 150 Złoty Hartgeld zurückließen. Am Tatort wurde ein Dietrich gefunden. Energische polizeiliche Untersuchung ist im Gange.

Eine Drohung, die nicht droht und dennoch droht.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die Nachricht zweier ausländischer Blätter von einer der Französischen Regierung gegenüber erfolgten Androhung des **Austritts Polens aus dem Völkerbunde,** für den Fall, daß der Vierer-Pakt unterzeichnet werden würde, ist amtlich nicht dementiert worden. Nur auf einem Umwege durch die Vermittlung des Warschauer Korrespondenten des **„Ilustrowany Kurjer Codzienny"** wird erläutert, was es mit der betreffenden Meldung eines französischen Provinzblatts und des englischen „Evening Standard" auf sich hatte. Von der erwähnten Androhung konnte natürlich in der angegebenen Form keine Rede sein. Aber in einer anderen Fassung würde diese Meldung doch den Tatsachen entsprechen. Der Korrespondent des Krakauer Blattes verneint dabei die Tatsache der Androhung mit dem Austritt aus dem Völkerbunde in einer Weise, welche die Verneinung in eine Bejahung beinahe umkehrt — oder es zu tun scheint. Der besagte Korrespondent gibt über die bedeutsamen Gespräche zwischen den Regierungen Polens und Frankreichs folgende inspirierte Aufklärungen:

„Die Polnische Regierung führt eingehende Gespräche über einzelne Frankreich und Polen betreffende Fragen mit der Französischen Regierung. Sie hat jedoch diese Gespräche mit der Regierung der befreundeten Republik nicht im Wege von Presseerklärungen geführt, und deshalb sind die von den zwei ausländischen Blättern angegebenen, nicht existierenden Einzelheiten der Gespräche der Vertreter Polens mit den Ministern Frankreichs als willkürliche Mutmaßungen zu behandeln".

Was nun das Meritum der Gespräche betrifft, so lautet die inspirierte Aufklärung ganz eindeutig:

„Der Standpunkt der Polnischen Regierung in der Frage des Vierer-Paktes ist bekannt. Er ist negativ. Wenn aus diesem negativen Standpunkte, dem letzhin in Genf — Raczyński und in Paris — Chłapowski Ausdruck gegeben haben, solche Schlüsse gezogen wurden, so geschah es wahrscheinlich deshalb, weil die Polnische Regierung erklärt hatte, daß die Unterzeichnung des Vierer-Paktes das Antlitz des Völkerbundes ändern werde. Wenn man diese These in der Weise auslegt, daß man behauptet, Polen werde aus dem Völkerbunde austreten, so ist diese Auslegung als falsch anzusehen. (Doch andererseits ..!) Die Zulassung zur Unterzeichnung des Paktes wird unzweifelhaft nicht ohne Wirkung auf den Völkerbund und seinen bisherigen Charakter bleiben. **Es wird nicht dessen bedürfen, daß Polen Genf verläßt, damit im Falle der Unterzeichnung des Vierer-Paktes der Völkerbund seinen Charakter verliere und sein bisheriges Antlitz ändere.**

„Die Polnische Regierung besitzt eine genügende Möglichkeit der Verteidigung ihrer Interessen auf anderen Wegen. Sie könnte nicht die Methode der Drohungen einem Bundesgenossen gegenüber anwenden, mit dem sie einzelne ihn interessierende Probleme bespricht. (Indessen . . .) **Die weitere eventuelle Entwicklung der Ereignisse in diesen Fragen** wird der Polnischen Regierung die Möglichkeit geben, **die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.** Unzweifelhaft wird die Polnische Regierung sowohl den Zeitpunkt als auch die Art der weiteren Aktion in der Frage des Vierer-Paktes wählen."

So lautet das verklausulierte, kein **Dementi sein** sollende Dementi. Hier bietet sich die Gelegenheit zur Ausschreibung einer Untersuchung über die Frage: „Droht Polen mit dem Austritt aus dem Völkerbunde?" Oder: „Möchte das Krakauer Blatt, daß Polen, obwohl es nicht droht, doch den Anschein erwecken, als ob es drohe?

Die Sache ist kolossal verwickelt.

Was will Amerika?

Radek erläutert den Vorschlag von Norman Davis auf seine Art.

Moskau, 26. Mai. (PAT.) Die Vorschläge von Norman Davis auf der Abrüstungskonferenz haben in Moskau ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Radek schreibt in der sowjetamtlichen „Iswestja", **daß die sogenannte amerikanische Isolierungspolitik lediglich eine Maske gewesen** sei. Die Milliarden-Einlagen amerikanischen Kapitals in der europäischen Wirtschaft seien der beste Beweis hierfür. Die Vereinigten Staaten bekannten sich zu dem Grundsatze, daß der Dollar ein größeres politisches Machtmittel als die Kanone sei. Angesichts der Offensive Japans in China zeigt es sich, **daß die Vereinigten Staaten von Amerika keine genügend starke Kriegsmarine** besitzen. Japan habe mit seinen Handlungen den Vertrag von Washington gebrochen. Ein Krieg könne aber die amerikanischen Kapitalien in den Staaten selbst, besonders aber auch in Europa aufzehren. **Bei einer solchen Lage der Dinge mußten die Vereinigten** Staaten die Maske der Isolierungspolitik ablegen. Radek ist daher der Meinung, daß im Falle der Annahme der Vorschläge von Norman Davis durch die Abrüstungskonferenz eine vom Völkerbunde unabhängige Körperschaft entstehen werde, die **hinter den Kulissen des Völkerbundes Handel mit Neutralität, Boykott oder Blockade** treiben werde. Die Vereinigten Staaten rechnen damit, daß sie auf diese Weise eine **Kontrolle über Frankreich und Deutschland** ausüben können, insbesondere aber **über England,** da dieses eine besondere Rolle im Fernen Osten spiele.

Radek stellt ferner fest, daß sich England trotz des Abbruches des Bündnisses mit Japan vor der Dollaroffensive schützen und den Trumpf der billigen Preise für seinen Absatz nicht aus der Hand geben werde. Die Wandlung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten nennt Radek „die Rückkehr des Columbus nach Amerika" nicht nur, um den Dollar zu kontrollieren, sondern vor allen Dingen, um Bundesgenossen für seine politischen Handlungen im Fernen Osten zu finden.

*

Wem nützt ein Präventivkrieg?

Eine französische Warnung.

Es ist sehr bezeichnend, daß die linksradikalsozialistische „Republique" es für geboten hält, gegen französische Präventivkriegs-Forderungen Stellung zu nehmen, indem sie schreibt: „Nehmen war an, daß Deutschland geschlagen würde oder sogar auf einen Widerstand verzichtet. Nehmen wir an, daß Deutschland sich nicht dazu entschließt, aus Verzweiflung in einem Wutanfall einen lung zu nehmen, indem sie schreibt: „Nehmen wir an, daß wir Deutschland völlig in den Händen halten — was dann? Was würden wir aus einem solchen Sieg machen? Sollten wir Deutschland endlos besetzen, oder geben wir uns der Illusion hin, daß sich die Deutschen durch unseren Schlag beruhigen und aufhören würden, uns zu hassen? Diese Ansicht ist so naiv, daß man sie nicht ernst nehmen kann. Man weiß wohl, daß die Präventivkriegs-Absichten nicht greifbar sind und daß keine politische Partei sie in Rechnung gezogen hat." — Immerhin ist die „Republique" der Ansicht, daß es auch in theoretischer Hinsicht besser wäre, Fragen dieser Art nicht zu behandeln.

Deutsche Schupo der Heeresstärke zugerechnet.

Ein unsinniger Beschluß in Genf.

Genf, 30. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Im Effektivausschuß der Abrüstungskonferenz wurde am Montag gegen den grundsätzlichen deutschen Vorbehalt beschlossen, insgesamt 38 000 Mann der Schutzpolizei auf die deutsche Heeresstärke anzurechnen. Gegen diesen unsinnigen Beschluß wurde von dem deutschen Vertretere Protest eingelegt, da die Beurteilung der deutschen Polizei unter Außerachtlassung der besonderen Verhältnisse in Deutschland erfolgt sei, zumal sie nicht, wie die Polizei anderer Staaten schwer bewaffnet ist. Der deutsche Vertreter betonte, daß ein solches Abkommen für Deutschland eine fragwürdige Lösung darstellen müsse.

*

Bombenabwurf in „entlegenen Gebieten".

London, 31. Mai. (Eigene Meldung.) Der Genfer Berichterstatter des „Daily Herald" meldet, daß der englische Luftfahrtminister Lord Londonderry angesichts der kritischen Entwicklung in der Frage der Luftabrüstung selbst nach Genf kommen werde, um die anderen Abordnungen zu überzeugen, daß England tatsächlich das Recht der Luftbombardierung in entlegenen Gebieten benötige. Der englische Vertreter in Genf, Eden, habe nach London berichtet, daß ein Bestehen Englands auf dem Recht zum Bombenabwurf in entlegenen Gebieten den Luftabrüstungsteil des englischen Abrüstungsplans zunichte machen würde. Er habe seine geringe Neigung, die persönliche Verantwortung hierfür zu übernehmen, nicht verheimlicht.

Der englische Oppositionsführer Lord Lansbury erhob auf einer Versammlung der indischen Liga in London scharfe Angriffe gegen die Englische Regierung wegen ihrer unnachgiebigen Haltung in der Frage der Luftstreitkräfte für Polizeizwecke in entlegenen Gebieten. **Das Abwerfen einer Bombe sei im Irak oder in Palästina genau solch Verbrechen wie in Europa.**

Die polnischen Bauern.

Der sozialistische Warschauer **„Robotnik"** entwirft von der politischen Situation auf dem polnischen Lande folgendes Bild:

Im polnischen Dorfe haben wir bisher zwei Hauptströmungen in den Massen festzustellen: die Volksbewegung (Volkspartei), die heute die stärkste ist und die sozialistische Bewegung, welche rasche und beständige Fortschritte macht.(?) Außerdem gibt es in gewissen Gegenden (hauptsächlich in den östlichen Grenzgebieten und teilweise im ehemaligen Kongreßpolen) kommunistisch gefärbte Gruppen. Weiter verfügen über gewisse traditionelle Einflüsse die Nationaldemokraten, die unlängst ihren Besitzstand in den Bezirken: Żywiec, Nowy Sącz usw. (Westgalizien) vergrößert haben. Das Sanierungslager verfügt über den Verwaltungsapparat: die Dorfvorsteher und Schultheiße, übt aber gar keine ideelle Wirkung aus."

Der „Robotnik" hat bei dieser Aufzählung die größte Partei zu notieren vergessen, die Partei derjenigen nämlich, welche alles zugleich sind: volksparteilich, sozialistisch, kommunistisch, sanatorisch und endekisch-klerikal.

*

Feierlicher Akt im Warschauer Schloß.

Wie der „Kurjer Poranny" erfährt, findet am 4. Juni, dem Tage des Ablaufs der siebenjährigen Wahlperiode des Herrn Staatspräsidenten Prof. Dr. Mościcki, der feierliche Akte der Übernahme des Amtes in der neuen Wahlperiode durch Prof. Mościcki statt. An der Feier nehmen teil: die Regierung in corpore, die Marschälle der gesetzgebenden Körperschaften, die Unterstaatssekretäre, die höheren Beamten und die Vertreter der Diplomatie und der höheren Geistlichkeit.

Rundfunk-Programm.

Sonnabend, den 3. Juni.

Königswusterhausen.

06.20: Konzert. 11.15: Von Wien: **Kärntner Festakt.** Zur Tagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland in Klagenfurt. 12.15 ca.: Volkstümliches in Fantasien und Potpourris (Schallplatten). 14.00: Konzert- und Unterhaltungsmusik (Schallplatten). 15.00: Kinderbastelstunde. 15.45: Gerhard Eschenhagen liest aus eigenen Werken. 16.00: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Vierhändige Klaviermusik. 18.05: Heitere Weisen. 18.30: Jugendstunde. 18.50: Wetter. Anschl.: Kurzbericht des Drahtlosen Dienstes. 19.00: **Stunde der Nation. Deutsche Pfingstbotschaft,** eine Hörfolge von deutschem Schicksal von Ernst Keienburg. 20.00: Kernspruch. Anschl.: **Fröhliche Pfingsten.** Ein bunter Abend. 22.00: Nachrichten, Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00: Von München: Nachtmusik. 24.00—00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Von Königsberg: Konzert. 11.15: **Von Wien: Kärntner** Festakt. Zur Tagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland in Klagenfurt. 12.15: Von Königsberg: Konzert. 13.15: Schallplatten. 16.00: Unterhaltungskonzert. 17.45: Das Buch des Tages 18.05: Aus „Hänsel und Gretel" von Engelbert Humperdinck (Schallplatten). 18.20: Kleine Klaviermusik. 18.50: Von Langenberg: **Deutsche Glocke am Rhein. Pfingstgeläute vom Kölner Dom.** 19.00: **Stunde der Nation.** Vom Deutschlandsender: **Deutsche Pfingstbotschaft.** 20.00: **Heiterer Abend.** 22.30—24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.20—08.00: Konzert. 11.15: Von Wien: **Kärntner Festakt.** Zur Tagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland in Klagenfurt. 12.30: Konzert. 15.30: Bastelstunde für unsere Kleinen. 16.00: Konzert. 17.40: Erika Bartschat: Die Schwolke en Ostpreiße. 18.20: Gedanken zum neuen Staat. 18.50: Von Langenberg: **Deutsche Glocke am Rhein. Pfingstgeläut vom Kölner Dom.** 19.00: **Stunde der Nation.** Vom Deutschlandsender: **Deutsche Pfingstbotschaft.** 20.00: Von Mühlacker: **Silcher-Konzert.**

Leipzig.

06.20: Von Wien: Kärntner Festakt. Zur Tagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland in Klagenfurt. 12.15: Franz Lehár-Stunde (Schallplatten). 13.15: Hinaus ins Grüne (Schallplatten). 14.45: Kinderstunde. 16.00: Von Berlin: Konzert. 18.00: Deutsch. 18.20: Volks- und Studentenlieder. 18.50: Von Langenberg: **Deutsche Glocke am Rhein. Pfingstgeläut vom Kölner Dom.** 19.00: **Stunde der Nation.** Vom Deutschlandsender: **Deutsche Pfingstbotschaft.** 20.15: **„DerMorgen",** Oratorium nach Dichtungen von Wilhelm Willige. Musik von Hans Sachse. 21.45: „Pfingstküsse", von Rudolf Hans Bartsch. 22.15: Nachrichten. Amschl. bis 24.00: Abendmusik.

Warschau.

16.00: Schallplatten. 17.00: Schallplatten. 20.00: **Leichte Musik.** Funkorch. Solisten: Ida Los, singende Säge und Rentgen, Lieder. 22.05: **Chopin-Klavierkonzert.** Z. Drzewieyki 23.00: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Alter Abonnent in B." Auch das wird als Heiratsgut anerkannt und unterliegt in Deutschland keinem Zoll. Auf polnischer Seite wird kein Ausfuhrzoll erhoben. Die Sendung muß dem Starostwo gemeldet werden, das einen Beamten zur Kontrolle entsendet, der die Ware als Heiratsgut so bezeichnet, daß eine Nachprüfung an der Grenze nicht mehr stattfindet. Der Anzeige an das Starostwo muß die Bescheinigung des Standesbeamten beigefügt werden, daß die Verheiratung stattgefunden hat.

B. 800. Sie können dem Mieter nur kündigen, wenn Sie einen „wichtigen Grund" haben. Ob der Übergang der Eigentumsrechte an dem Laden vom Ehemann auf die Ehefrau vom Gericht als „wichtiger Grund" anerkannt wird, ist möglich, aber sicher ist es nicht. Im Art. 11 Abs. 2c des Mieterschutzgesetzes ist zwar bestimmt, daß der Vermieter kündigen kann, wenn der Mieter seine Rechte aus dem Mietsvertrage im ganzen ohne Einverständnis des Vermieters an einen dritten abgetreten hat. Aber an derselben Stelle wird bestimmt, daß das Mieteinigungsamt nach Anhörung beider Seiten dem Mieter diese Übertragung gestatten kann. Nach dem Wortlaut dieser Bestimmung wäre anzunehmen, daß diese Genehmigung des Mieteinigungsamts der Übertragung der Mietsrechte vorausgehen muß, aber ob im vorliegenden Falle das Gericht sich auf einen dem Mieter gegenüber ablehnenden Standpunkt stellen würde, erscheint uns unsicher.

„Patent". Die Schutzrechte für Patent und Gebrauchsmuster, die in Deutschland erlangt worden sind, sind auch in den von Deutschland abgetretenen Gebieten anerkannt worden. Aber ein Patent erlöscht in 15 Jahren nach seiner Erteilung, und wenn die Gebühren nicht entrichtet worden sind, schon früher. Erlischt aber ein Patent, dann ist die Erfindung frei, und weder in Deutschland noch in Polen wird auf eine Erfindung, die bereits so bekannt war, daß sie jeder Fachmann kannte, ein Patent erteilt. Der Schutz des Gebrauchsmusters dauert nur 3 Jahre, er kann aber auf weitere 3 Jahre verlängert werden. Nach Ablauf dieser Frist erlischt er. Für eine Sache aber, die für jedermann frei geworden ist, wird Ihnen niemand etwas bezahlen.

A. K., Więcbork. Wenn Sie einem der Einwohner Ihres Hauses kündigen wollen, müssen Sie einen „wichtigen Grund" haben. Wir glauben nicht, daß das Gericht als solchen wichtigen Grund den Umstand anerkennen wird, daß Sie selbst in das Haus einziehen möchten. Der Mieterin können Sie die beiden Zimmer, die sie vermietet hat, nicht ohne weiteres beschlagnahmen, nachdem der jetzige Untermieter diese Zimmer geräumt hat, wenn die Inhaberin der Wohnung nicht damit einverstanden ist, denn auch dieser Mieterin gegenüber müssen Sie den wichtigen Grund geltend machen können. Durch das Mieterschutzgesetz ist bekanntlich das Eigentumsrecht an Häusern eingeschränkt; das war einer der Hauptzwecke des Gesetzes. Nur bei Wohnungen über 4 Zimmer ist die freie Vereinbarung **über den Preis zulässig und nur dann, wenn der Mieter damit einverstanden ist.**

Reichsbischof von Bodelschwingh entwickelt sein Programm.

Was D. Friedrich von Bodelschwingh damit geleistet hat, daß er das große Werk seines Vaters erhalten und auch durch schwerste wirtschaftliche Krisen hindurchgeführt hat, ist der ganzen evangelischen Welt bekannt. In Deutschland wissen auch weiteste Kreise, daß der nunmehrige evangelische Reichsbischof in Bethel mit der planmäßigen Ausbildung jugendlicher Erwerbsloser in einem Arbeitsdienst, in dem namentlich Vorarbeit für die Schaffung von Eigenheimen geleistet wurde, schon lange vor der Entstehung des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ vorangegangen ist. Weniger bekannt ist in der evangelischen Laienwelt, mit wie tiefgehendem Interesse Friedrich von Bodelschwingh an den theologischen Auseinandersetzungen unserer Zeit teilnimmt, und wie die „Friedrich von Bodelschwingh-Schule“ besonders auf dem Gebiete evangelischer Pädagogik bahnbrechend gewirkt hat.

Über seine Auffassungen von den Aufgaben der evangelischen Kirche in dieser Zeitenwende

sprach D. von Bodelschwingh am Dienstag vor der Presse

in Ausführungen, die in jedem Wort zeigten, daß der jetzige Reichsbischof auch in der natürlichen Menschlichkeit, schlichten Würde und herzgewinnenden Freundlichkeit der echte Erbe seines Vaters ist. Von sich selbst und dem Kampf um seine Person sprach er nur, um den Wunsch nach Versöhnung und Sammlung auszudrücken. Im einzelnen führte Bodelschwingh aus:

Jeder Organismus kann nur aus den Kräften wachsen, aus denen er geworden ist. So lebt die Kirche allein aus dem Wort dessen, der sie als ein Werkzeug seines Willens in die Welt gestellt hat. Darum hat in ihr nur das Raum und Recht, was im tiefsten Grunde aus den ersten drei Bitten des Vaterunsers stammt, die vom Heiligen des Namens Gottes, vom Tun seines Willens und vom Kommen seines Reiches sprechen.

Die Gestaltung ihres Lebens wird bestimmt durch die Geschichte. Was in den vergangenen zwei Jahrtausenden an Kräften des Glaubens und der Liebe aus dem Evangelium herausgewachsen ist, das ist für uns heiliges Erbe, das wir in Treue zu verwalten haben. Darum stellen wir uns bewußt und entschlossen auf den Boden, der durch die Bekenntnisse der alten Kirche und der Reformationszeit geschaffen ist. Nur eine aus Überzeugung und Kraft

bekennende Kirche

hat bei aller Mannigfaltigkeit geschichtlicher Entwicklung die innerste Einheit, die sie für eine fruchtbare Arbeit gebraucht.

Diese Arbeit stellt die Kirche mitten in die gegenwärtige Welt. Mit den Fragen, die heute die Kinder unserer Zeit bewegen, treten wir an das Evangelium heran und suchen in ihm eine Antwort aus der ewigen Welt. Das ist aber nur möglich, indem wir die Geschichte dieser Zeit im tiefsten Grunde miterleben. Wir sehen in der Bewegung, die durch unser Volk geht, eine gnädige Lenkung Gottes, für die wir von Herzen dankbar sind. Wir danken dem greisen Vater unseres Vaterlandes und dem jungen Führer, der an seiner Seite steht, daß sie entschlossen sind, im Kampf gegen die unser Volk von innen heraus zerstörenden Mächte der christlichen Verkündigung Raum zu geben und die Kirche als ihre freie Bundesgenossin bei dem großen Werk der inneren Erneuerung unseres Volkes anzusehen.

Bei dieser Erneuerung geht es nicht zuletzt um geistige Entscheidungen. Zu ihnen hat die Kirche deutlich und unerschrocken das zu sagen, was ihrer Sendung und innersten Art entspricht. Sie bringt die Botschaft der Liebe, die über alle Abgründe menschlicher Schuld und Leidenschaft hinweg tragfähige Brücken baut. Sie begründet eine Brüderlichkeit, die auch dem geringsten Mann im Volk, wenn er ehrlich und guten Willens ist, Ehre und Lebensraum zu geben bereit ist. Sie pflegt an der Sitte der Väter, was edel, rein und tapfer ist. Sie ist gerade aus Ehrerbietung vor der Geschichte keine Hüterin überalteter Formen.

Sie spricht die Sprache unserer Zeit. Sie ist auch zum Kämpfen und Leiden bereit.

Das sind die Richtlinien, nach denen die neue Leitung der Kirche handeln wird. Wie sich im Einzelnen dies Handeln gestalten soll, kann ich noch nicht sagen. Meine bisherige Lebensarbeit weist hin auf die Diakonie der Kirche. Sie hat nach dem Vorbild ihres Meisters eine Freundin der Armen zu sein. Sie will mithelfen, soweit es in ihren Kräften steht,

Arbeitslosigkeit und Heimatlosigkeit in unserem Volke zu überwinden.

Sie wird Pfarrer und Laien schulen und innerlich zusammenschließen, um ihre Waffen für den Kampf des Geistes zu schärfen. Sie wird die Jugend auf immer neuen Wegen für das Evangelium zu gewinnen suchen.

Bei der Durchführung dieser Ziele bin ich entschlossen, überall da einzugreifen und auf Änderung zu dringen, wo erstarrte Formen hemmend dem Durchbruch des Neuen in der Kirche entgegenstehen. Ich tue das mit um so freierem Gemüt, als auf die ausscheidenden Mitarbeiter kein Schatten fällt, wie das im staatlichen Leben bei Personenwechsel zur Zeit so häufig der Fall ist. Darum bin ich froh, daß ich nur in brüderlicher Offenheit zu bitten brauche, durch ein früheres Scheiden den Weg für jüngere bewegliche Kräfte freizumachen. Überall da aber, wo sich zeigt, daß auch Träger kirchlicher Ämter, Theologen und Nichttheologen, den Versuchungen der Zeit erlegen sind, oder ihnen heute erliegen, will ich entschlossen dafür sorgen, daß die Würde der Kirche unverletzt bleibt.

Für mein Amt und meine Aufgaben hoffe ich auf die Mitarbeit aller lebendigen Kreise und Bewegungen der Kirche, die durch solchen gemeinsamen Dienst den Weg zueinander finden müssen — und finden werden. Ich denke nicht daran, aus kirchenpolitischen Auseinandersetzungen, wie wir sie früher einmal erlebt haben und gegenwärtig noch einmal erleben, die Folgerungen zu ziehen, daß mich irgend etwas von dieser oder jener Gruppe im evangelischen Kirchenvolk trennt.

Ich habe noch gestern dem Bevollmächtigten des Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, dem ich mit persönlichem Vertrauen begegne, ausgesprochen, daß ich auch den „Deutschen Christen“ gern die brüderliche Hand reichen möchte. Er ist mit mir der Auffassung, daß in der Kirche nur mit geistlichen Waffen gekämpft werden darf und daß das Reformwerk, in dem wir stehen, nur dann gelingen kann, wenn über allen einzelnen Meinungsverschiedenheiten der entschlossene Wille zum endlichen Frieden steht. Denn es handelt sich nicht um menschliche Ehre und die Durchsetzung menschlicher Gedanken, sondern um Gottes Reich und Gottes Ehre. Ihm allein soll auch das Amt dienen, das mir durch das einmütige Vertrauen der Bevollmächtigten der deutschen Kirchen übertragen ist.

*

Wehrkreispfarrer Müller zur Bischofsfrage.

Auf einem außerordentlich stark besuchten **kurmärkischen Kirchentag der Glaubensbewegung Deutsche Christen**, der in Potsdam stattfand, sprach der Vertrauensmann des Reichskanzlers für kirchliche Fragen, **Wehrkreispfarrer Müller**, über die Frage des evangelischen Reichsbischofs. Wenn gesagt werde, daß die Glaubensbewegung Deutsche Christen Politik in die Kirche tragen wolle, so sei das nicht nur unrichtig, sondern eine lügenhafte Verdrehung. Die Deutschen Christen wollten nichts anderes, als die Deutsche Evangelische Kirche. In Loccum, so sagte Pfarrer Müller, haben wir dafür gekämpft, einmal das ganz bewußt herauszustellen, was uns Evangelische eint, und mit dieser einigenden Parole wollten wir die großen Massen der Kirche wieder gewinnen, die durch den Marxismus der Kirche entfremdet sind. Wenn das geschehen war, dann sollte die neu erstandene Kirche mit dem erwachten Kirchenvolk sich ihren Bischof wählen und ihre Verfassung geben. Wir wollten, so rief Wehrkreispfarrer Müller, einen Kampf dieser Art, wie er nun entstanden ist, vermeiden. Dabei kam es uns nicht auf Namen an. Weder Pastor von Bodelschwingh, mit dem ich lange gesprochen habe, noch ich erstreben das Amt des ersten Bischofs, weil es mit Glanz und Schimmer verbunden wäre. Wir wissen vielmehr, daß der Mann, der dieses Amt als erster übernimmt, sich damit eine schwere Bürde auf die Schultern legt. Wir hätten in dieser Angelegenheit am liebsten den Weg der Einigung gefunden. Da es nicht so kam, nicht durch unsere Schuld, **so müssen wir um unseres Gewissens willen den Weg weitergehen, den uns unsere Herkunft aus der großen kämpferischen politischen Bewegung vorschreibt** (lebhafte Zustimmung). In Loccum wurden in den Verhandlungen die Dinge so festgelegt, daß, wenn die Kirchenvertreter sich über die Persönlichkeit des Reichsbischofs geeinigt haben und wenn die Regierung ihre Zustimmung dazu gegeben habe, daß dann **das Kirchenvolk selbst befragt** werden solle. Nach dem Wortlaut dieser Loccumer Vereinbarungen erheben wir nun unsere Forderung, das Kirchenvolk wirklich entscheiden zu lassen (stürmischer Beifall).

Pfarrer Hossenfelder,

der Reichsleiter der Glaubensbewegung, verwies dann auf die beiden Schreiben, die er namens der Glaubensbewegung an den Präsidenten D. Dr. Kapler als Vertreter der Kirchenregierung gerichtet hat, und in dem alles enthalten sei, was die Glaubensbewegung in der Frage des Reichsbischofs und der Kirchenerneuerung zu tun gedenke. Das Rechtsempfinden des erwachten deutschen Volkes, so führte Pfarrer Hossenfelder darin aus, verlangt, daß der erste Bischof vom Kirchenvolk selbst bestimmt werde. Die Deutschen Christen rufen alle ihre Freunde auf, mit ihnen zu kämpfen für die von der Glaubensbewegung für notwendig gehaltene Art der Einsetzung des ersten Bischofs, wobei es für die Deutschen Christen weiter Wahlspruch sein werde, die Treue zu halten dem Volke, der Kirche und dem Kreuz. Das Kreuz aber dürfe nicht ein Platz sein, hinter dem sich die Mächte jetzt noch verstecken wollen, die noch nie und noch immer nicht Ja gesagt haben zur nationalen Revolution. Marxismus, Liberalismus und Reaktion würden jetzt „im Schatten des Kreuzes“ versuchen, das dritte Reich zu zerstören. In bezug auf die Wahl des Reichsbischofs erklärte er, daß ein Kämpfer führend an die Spitze gestellt werde. **Adolf Hitler sei der größte Mann nach Dr. Martin Luther**, weil er dem Staat Friedrichs des Großen und dem Reich Bismarcks den Inhalt gegeben habe: das Volk.

*

Eine Gegenerklärung der Kirche.

Von unterrichteter evangelischer kirchlicher Seite wird mitgeteilt:

Das Schreiben der Reichsleitung der Glaubensbewegung Deutsche Christen an Präsident Kapler, in dem u. a. gesagt war, daß bei den Verhandlungen in Loccum eine Vereinbarung dahingehend getroffen worden sei, daß der Übereinkunft der kirchlichen Regierungen über die Person des Reichsbischofs die Zustimmung des Kirchenvolkes folgen müsse, hat in der Öffentlichkeit zu falschen Folgerungen geführt. **Eine Entscheidung über die Person des Reichsbischofs durch Abstimmung des Kirchenvolkes ist bei den Verhandlungen in Loccum in keiner Weise in Aussicht genommen oder gar vereinbart worden. Man ist sich in den Loccumer Verhandlungen vielmehr darüber klar geworden, daß die Einigung über die Person des künftigen Reichsbischofs bei dem Dreimännerkollegium und bei den landeskirchlichen Bevollmächtigten liege. Es war lediglich vereinbart worden, daß die Gemeinden sich in feierlichem Gottesdienst an Pfingsten zu dem einmütig geschaffenen Manifest von Loccum bekennen.**

Wie demgegenüber von der Reichsleitung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ mitgeteilt wird, sei die Auffassung der hinter dem Kapler-Ausschuß stehenden Kreise, daß der Kapler-Ausschuß ohne weiteres ermächtigt gewesen sei, mit Zustimmung der gesetzlichen Vertreter der Landeskirchen den Pastor von Bodelschwingh als Reichsbischof auszurufen, irrig. Vielmehr sei die Frage, ob die Ermächtigung des Kapler-Ausschusses und der führenden Mitglieder der Kirchenregierung derart weit geht, sehr bestritten. Die rechtlichen Grundlagen dieser Frage würden zurzeit eingehend geprüft. Das Ergebnis dieser Prüfung werde bereits in den nächsten Tagen vorliegen.

Die WTB-Meldung.

Eine besondere Rolle in der gegenseitigen Diskussion spielt auch die Frage, warum der Name des neuen Reichsbischofs **der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, bevor alle Möglichkeiten einer Einigung mit den „Deutschen Christen“** erschöpft waren. Von kirchlicher Seite wird **dazu erklärt**, daß WTB zuerst eine Meldung verbreitet habe, wonach Pfarrer Müller zum Reichsbischof erkoren sei. Nach Verbreitung dieser falschen WTB-Meldung habe die Kirchenbehörde ihrerseits nicht mehr gezögert, den Namen Friedrich von Bodelschwinghs, auf den sich die Kirchenführer inzwischen geeinigt hatten, der Öffentlichkeit mitzuteilen. Die „Deutschen Christen“ bestreiten entschieden, daß sie die bewußte WTB-Meldung veranlaßt hätten; so konnte der bedauerliche Fall eintreten, daß sie sich ihrerseits durch die beschleunigte Proklamierung Bodelschwinghs brüskiert fühlten. Damit hatte der Streit eine unerfreuliche persönliche Verschärfung erfahren.

*

Auch „Deutsche Christen“ treten für Bodelschwingh ein.

Die Ortsgruppe Gladbeck der „Deutschen Christen“ hat an D. von Bodelschwingh ein Ergebenheitstelegramm gerichtet, in dem sie seine Wahl als eine gnädige Fügung Gottes bezeichnet. Verschiedene einflußreiche Führer der Deutschen Christen in Westfalen, die auch langjährige Mitglieder der NSDAP sind, erklären, daß sie den Widerstand der Berliner Leitung der Glaubensbewegung gegen Bodelschwingh nicht billigten, weil niemand so sehr wie Bodelschwingh den Anforderungen entspreche, die Wehrkreispfarrer Müller in seiner Rundfunkrede bezüglich der Persönlichkeit des Reichsbischofs aufgestellt habe. Sie verwiesen hierbei auf den Rücktritt des Missionsdirektors D. Weichert von seinem Amt in der Reichsleitung der Deutschen Christen, deren Politik gegen Bodelschwingh er nicht billige, und erklärten diesen Vorgang für ein Ereignis, das weitere Folgen haben würde.

*

D. Weichert begründet seinen Austritt.

In der „Täglichen Rundschau“ veröffentlicht Missionsdirektor D. Weichert, der bisher als Mitglied der Reichsleitung der „Deutschen Christen“ bei den Verhandlungen mit den Kirchenbehörden eine führende Rolle gespielt hat, folgende Erklärung:

„Ich kann die Wahl Bodelschwinghs zum Reichsbischof nur mit ganzem Herzen bejahen. Meine Zustimmung bedeutet nicht eine Meinungsänderung, die mich zu meiner bisherigen Mitarbeit in der Reichsleitung der Deutschen Christen in Gegensatz brächte. Sie liegt vielmehr auf der Linie, die ich bei meiner gesamten Tätgkeit konsequent innegehalten habe. Diese Linie wurde noch vor kurzem von der Reichsleitung vor der Öffentlichkeit stark vertreten, als mit der Einrichtung des Verbindungsdienstes der Weg zu einer fruchtbaren Arbeitsbeziehung mit anderen Gruppen reformatorischen Wollens geöffnet werden sollte, und gleichzeitig eine **deutliche Absage an die Vermengung politischer Tendenzen mit der kirchlichen Reformarbeit** erfolgte. Diese Linie fand ihren stärksten Ausdruck in der Proklamierung der neuen Richtlinien, mit denen Wehrkreispfarrer Müller die Oberleitung der Bewegung übernahm.

Ist nun Friedrich von Bodelschwingh in seiner Person und seinem Werk etwa nicht das Symbol für alles, was letztlich gerade in diesen programmatischen Richtlinien als Inhalt einer wahrhaft lebendigen, biblisch verankerten, deutschen und evangelischen Kirche gefordert wurde? Das anzuerkennen, sollte nicht verhindert werden durch die Tatsache, daß Bodelschwingh der Organisation der Deutschen Christen nicht angehört.

Aber auch nach der formellen Seite hin steht der Einspruch gegen die Berufung Bodelschwinghs in Widerspruch zu der bisherigen Haltung der Reichsleitung, die erst kürzlich öffentlich den drei Bevollmächtigten der gesamten deutschen evangelischen Kirchen ihr „vollstes Vertrauen“ aussprach und es als „unzulässig“ erklärte, daß aus den Reihen der Deutschen Christen ihre Arbeit gestört wurde“. **Ich muß gestehen, daß ich nicht zu erkennen vermag, woher ich die Berechtigung herleiten könnte, gegen Bodelschwinghs Berufung zu protestieren.** Die Kampfansage der „Deutschen Christen“ und Wehrkreispfarrers Müller machte für mich den Austritt aus der Reichsleitung und aus der Glaubensbewegung der „Deutschen Christen“ notwendig, zumal der angesagte Kampf in seinen Formen und Folgen die innerkirchliche Durchführung des großen Reformwerkes zum mindesten in Frage stellt. Die Notwendigkeit meines Ausscheidens war mir überaus schmerzlich, weil mir in meiner Arbeit bei den Deutschen Christen eindrucksvoll klar geworden ist, welch wertvolle Kraft zur inneren Erneuerung unseres Volkes sich in dieser Bewegung entfaltet, welch hohe Bedeutung sie für die Neugestaltung unseres kirchlichen Lebens hat und welch große Ziele bereits mit ihr erreicht werden konnten.“

*

51 : 36.

Im Reichspressedienst der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ teilt der Reichspressereferent, Pfarrer D. Freitag, mit, daß bei der Führerkonferenz der 28 evangelischen Kirchenregierungen **51 Stimmen für Pastor D. von Bodelschwingh und 36 für Wehrkreispfarrer Müller** abgegeben worden seien. Bei einer Vorabstimmung seien 13 Stimmen für Müller und 11 für Bodelschwingh abgegeben worden. Die Umkehrung des Verhältnisses bei der Schlußabstimmung habe sich daraus ergeben, daß diese nicht nach Einzelstimmen, sondern nach Stimmwerten erfolgte, wobei allein der Vertreter Preußens das Gewicht von 17 Stimmen auf seiner Person vereinigte. (Selbstverständlich muß auch die Stimme des Vertreters der größten Kirche, d. h. der Altpreußischen Union, wesentlich mehr Gewicht haben, als etwa die Stimme des Vertreters der kleinen Kirche von Reuß ältere Linie.)

*

Pfingst-Predigt des Reichsbischofs.

Der neue Reichsbischof, Pastor D. von Bodelschwingh, wird am Pfingstsonntag um 10 Uhr in der Berliner Zionskirche predigen und damit **zum ersten Male als Reichsbischof vor die evangelische Gemeinde treten.** Die Wahl der in einem Arbeiterviertel des Berliner Nordens gelegenen Zionskirche entspringt dem besonderen Wunsche Bodelschwinghs, nicht in einem der repräsentativen Gotteshäuser der Reichshauptstadt zu sprechen.

*

Hamburg wählt einen Landesbischof.

Die Synode der evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate wählte zu ihrem ersten Landesbischof einstimmig den Synodalpräsidenten D. Dr. Schöffel, **Hauptpastor zu St. Michaelis.**

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Status der polnischen Privatbanken.

Nach einer Zusammenstellung des Bankenkommissariats beim polnischen Finanzministerium stellt sich die Sammelbilanz von 47 Aktienbanken und 7 Bankhäusern Polens per 31. März 1933 folgendermaßen dar:

	31. 12. 30	31. 12. 31	31. 12. 32	31. 3. 33
Zahl der Banken	64	64	54	54
Aktiva:		in Millionen Złoty		
Kasse- und Dispositionsfonds	96,3	75,5	65,4	40,2
Auslandsvaluten	29,1	14,4	12,4	12,9
Wertpapiere und Anteile	110,9	92,2	87,2	90,1
Auslandsbanken				
loro	14.2	9,1	9,6	10,5
nostro	59,7	47,2	60,0	54,4
diskontierte Wechsel	851,6	527,2	407,1	395,3
protestierte Wechsel	20,5	40,6	60,6	61,1
gesicherter Blankokredit	632,0	467,7	361,7	362,4
ungesicherter Blankokredit	298,9	188,0	146,8	140,3
befristete Kredite	57,2	57,2	64,1	64,1
langfristige Hypothekarkred.	154,3	158,9	151,9	151,1
Immobilien	126,3	124,1	107,1	105,8
Passiva:				
Grundkapital und Reserven	330,1	318,9	288,4	280,3
befristete Einlagen	462,4	274,0	229,5	228,1
unbefristete Einlagen	422,2	252,3	221,5	222,5
Kontokorrent	275,6	202,7	172,4	170,8
Wechselrediskont	314,5	269,9	201,5	183,7
Lombard	8,2	18,8	15,6	15,5
Auslandsbanken				
loro	88,4	59,9	36,0	36,3
nostro	349,9	214,5	182,7	179,8

EWD.

Russisches Interesse für polnische Landmaschinen?

Während die ersten Äußerungen der polnischen Presse über die Ergebnisse des Besuches der russischen Wirtschaftsdelegation etwas zurückhaltender waren, ist in den letzten Tagen von bereits bevorstehenden größeren Aufträgen gesprochen worden. So behauptete u. a. die „Gazeta Handlowa", daß Abschlüsse in Erntemaschinen in größerem Umfange bevorstehen, für welche die Sowjetrussen auf der Posener Messe Interesse gezeigt hätten.

Ferner sollen die Besprechungen in Kattowitz angeblich zum Abschluß von Verhandlungen über den weiteren Export von ostoberschlesischen Hüttenerzeugnissen nach Sowjetrußland geführt haben. Es soll sich um 15 000 Tonnen Eisenerzeugnisse handeln. Die endgültige Unterzeichnung der neuen Lieferungsabkommen sollte in Warschau erfolgen. Inzwischen ist aber die russische Delegation abgereist, und man hat nichts mehr von Abschlüssen gehört. Daher dürfte anzunehmen sein, daß die diesbezüglichen polnischen Pressemeldungen, wie so oft, auch diesmal den Tatsachen vorausgeeilt sind. EWD.

Die Lage am Danziger Holzmarkt.

In letzter Zeit hat sich das Interesse für Blockware am Danziger Holzmarkt gehoben. Gesucht wird vor allem trockene Ware, doch sind die Preise für die Verkäufer äußerst ungünstig. Das Bestreben der ausländischen Importeure geht darauf hinaus, billige Ware zu erwerben. Eine gewisse Unsicherheit der Preise für Blockware ist nach einem Bericht der Zeitschrift „Drzewo" darauf zurückzuführen, daß die polnischen Produzenten nicht imstande waren, ihr Eichenrundholz abzusetzen und nunmehr zu seinem Einschnitt übergegangen sind. Das eingeschnittene Material (Blockware) bieten sie um 2—3 Dollar je Festmeter (Golddollar) niedriger an, als in den Wintermonaten.

In Verbindung mit dem durch die Dollarschwankungen eingetretenen Rückgang des Geschäfts in Eichenmaterial hat unter den Danziger Exporteuren, welche Hartholz ausführen, eine pessimistische Stimmung Platz gegriffen. Charakteristisch für den Augenblick ist die Tatsache, daß die ausländischen Abnehmer Versanddispositionen sehr schleppend treffen, was unter den Banken eine gewisse Nervosität verursacht, welche diese Transaktionen finanziert haben. In Verbindung mit dem sehr langsamen Disponieren über die verkauften Partien steigen die Holzvorräte erheblich an. Wie verlautet, bleiben das aus Rußland eingetroffene Eichenrundholz und die sonstigen russischen Eichenmaterialien in diesem Jahr nicht, wie in früheren Jahren, in einer Hand, sondern werden gleichzeitig mehreren Firmen abgegeben. Es bestätigt sich die von dem Fachblatt „Drzewo" bereits gemeldete Tatsache, daß diejenigen Händler, welche gewöhnlich polnische und russische Eiche über Danzig gekauft haben, sich nach Sowjetrußland begeben haben und über den Ankauf großer Partien verhandeln. Man berechnet, daß in Danzig über 2000 Festmeter russische Eiche eingetroffen sind. Die Qualität des Materials ist, wie stets, sehr hoch, doch sind die durchschnittliche Länge und der Durchmesser immerhin etwas geringer, als in den Vorjahren.

Was das Geschäft in Kiefernmaterial betrifft, so hat sich die Konjunktur nur unwesentlich geändert. Bisher haben die Abschlüsse und Verladungen an Kiefernmaterial erhebliche Ausmaße noch nicht erreicht. Vermißt wird in letzter Zeit die Nachfrage nach Rundeiche seitens der portugiesischen Importeure. Die Versuche Danziger Firmen, auf diesem Markt, selbst zu niedrigeren Preisen, dünnere Eichenstämme unterzubringen, ergaben in letzter Zeit keine Resultate. Schließlich mangelt es auch an Interesse für Rundeiche zu Einschnittzwecken in Danzig selbst, da die Preistendenz für eichene Schnittware nachgebend ist. EWD.

Organisation der Akzeptbank. Die Arbeiten an dem Aufbau der polnischen Akzeptbank werden weiter intensiv fortgeführt. Der Organisationsausschuß der Akzeptbank hat sich an den Verband der polnischen Industrie- und Handelskammern mit dem Ersuchen um Aufstellung einer Liste von Handelsunternehmungen gewandt, die sich nach Ansicht der Industrie- und Handelskammern dieses Institutes bedienen dürfen, soweit sie eingefrorene landwirtschaftliche Forderungen besitzen. Offen ist noch die Frage der Zinshöhe, der Tilgungsraten, die Girofrage usw. Alle diese Fragen sollen nunmehr geklärt werden. Auch die Haltung der Kreditinstitute hinsichtlich der Inanspruchnahme der Dienste der Akzeptbank ist bisher im einzelnen noch nicht klargestellt. Wie verlautet, sollen einige Gläubigerinstitute mit den Richtlinien für die Organisation der Akzeptbank nicht in vollem Umfange einverstanden sein.

Aus der polnischen Naphthaindustrie. Im Zusammenhang mit dem Kurssturz des Dollars haben die Exporteure von polnischen Naphthaprodukten erhebliche Schäden erlitten, da die Ausfuhrtransaktionen der polnischen Naphthaindustrie fast ausschließlich auf Dollarbasis erfolgten, im Gegensatz zu den Geschäften anderer Industriezweige, die teilweise wiederum ihre Abschlüsse in Pfund Sterling tätigten. Die Hauptverluste entstehen durch das Ausbleiben älterer Forderungen, da die laufenden Geschäfte teilweise bereits in Schweizer oder französischen Franks abgewickelt werden. Erhebliche Verluste können als Folge des Dollarkurses insbesondere das Exportsyndikat für Paraffin treffen, das ausschließlich auf Dollarbasis gearbeitet hat. Die Lieferungen erfolgten hauptsächlich an eine englische Gruppe. Gegenwärtig sind Verhandlungen über die Umrechnung der Forderungen eingeleitet. Zu diesem Zweck reist in den nächsten Tagen eine Delegation des Paraffinsyndikates nach London.

Handelsvertragsverhandlungen Polens mit Frankreich. In dieser Woche werden in Paris polnisch-französische Verhandlungen beginnen, welche die Revision der bisher zwischen Polen und Frankreich in Kraft befindlichen Handelskonventionen zum Gegenstand haben werden. Im jetzigen Moment verpflichtet in den Handelsbeziehungen zwischen Polen und Frankreich die Konvention vom 9. Dezember 1924 mit gewissen Änderungen, die infolge der Unterzeichnung einer neuen Handelskonvention im Jahre 1929, welche in ihrer Gesamtheit jedoch nicht in Kraft getreten war, eingeführt worden sind. Der Zweck der gegenwärtigen Verhandlungen ist die Anpassung der jetzt geltenden konventionellen Vorschriften, zumal der Liste der konventionellen Zollermäßigungen an dem neuen polnischen Zolltarif.

Firmennachrichten.

v **Culm** (Chełmno). In Sachen des Zahlungsaufschubs der Firma Browary Chełmińskie Tow. Akc. in Culm hat das **Burggericht für den 9. Juni 1933, 10 Uhr, eine Gläubigerversammlung anberaumt.**

Die Akzeptationsbank gegründet.

Am 29. Mai fand im Gebäude der Staatlichen Agrarbank eine Sitzung statt, in welcher sämtliche Formalitäten, die mit der Gründung und Eröffnung der Akzeptationsbank im Zusammenhang stehen, erledigt wurden. Die Gründungsurkunde wurde von einem Vertreter des Finanzministeriums, von einem Vertreter der Staatlichen Agrarbank und von je einem Vertreter der Bank Polski und der Landeswirtschaftsbank unterzeichnet.

Der Vizevorsitzende der Staatlichen Agrarbank Stamirowski, der zugleich Vorsitzender der Organisationskommission der neuen Bank ist, eröffnete die Generalversammlung der Aktionäre. Es wurde auf Grund des neuen Bankstatutes der Aufsichtsrat gewählt. Daraufhin wurde die erste konstituierende Versammlung der Bank einberufen. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates wurde einstimmig Dr. Wróblewski gewählt, zum ständig beamteten Vizevorsitzenden Stamirowski, der Vizevorsitzende der Staatlichen Agrarbank. Zu Direktoren der Akzeptationsbank wurden ernannt: Der bisherige Filialleiter der Staatlichen Agrarbank in Lublin Chałbowski und der bisherige Direktor der Bank Kwilecki und Potocki in Posen, Großmann.

Die Gründung der Akzeptationsbank ist somit erfolgt. Die Leitung der Bank wird unmittelbar zu den notwendigen Organisationsarbeiten übergehen. Es steht zu erwarten, daß die Bank bereits in den nächsten Tagen den normalen Gang ihrer Geschäftstätigkeit aufnehmen wird. Das Grundkapital der Bank beträgt 12½ Millionen Złoty, wovon der Staatsschatz 6½ Millionen, die Bank Polski 3 Millionen, die Staatliche Agrarbank 1½ Millionen und die Landeswirtschaftsbank ebenfalls 1½ Millionen Złoty übernommen haben.

*

Die Industrie- und Handelskammer in Bromberg fordert alle im Bezirk der Handelskammer ansässigen Handels- und Gewerbebetriebe, die irgend welche landwirtschaftlichen Forderungen besitzen, auf, sich zu melden, um diese Forderungen der neugegründeten Akzeptationsbank vorzulegen. Der Aufforderung ist im eigenen Interesse möglichst sofort Folge zu leisten.

Französisch-polnische Handelsvertrags-Verhandlungen.

Wie aus Paris gemeldet wird, begannen am Mittwoch die französisch-polnischen Verhandlungen zur Revision der im Jahre 1924 und 1929 zwischen beiden Ländern eingegangenen Handelsverträge. An der Spitze der polnischen Delegation steht Vizeminister Doleżal, an der Spitze der französischen Delegation Bonnefonne-Craponne.

Der am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft tretende neue polnische Zolltarif macht es notwendig, daß Polen seine bisherigen Handelsbeziehungen mit dem Auslande neu organisiert, alte Verträge löst und sie dem neuen System anpaßt. Als nach der Veröffentlichung des neuen Zolltarifs im September v. J. die Notwendigkeit hervortrat, die Handelsbeziehungen zum Auslande neu zu regeln, glaubte man auf polnischer Seite, daß eine Neuregelung der Beziehungen erreicht werden wird. Die bisherigen Verhandlungen mit Österreich, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien usw. haben jedoch bewiesen, daß ohne den ausdrücklichen Willen zu Konzessionen der Abschluß von Handelsverträgen auf Grund des neuen Zolltarifes sehr schwierig durchzuführen ist. Die besonderen Schwierigkeiten treten in den Beziehungen zu Österreich hervor, obwohl der österreichische Markt für die landwirtschaftlichen Produkte Polens von besonderer Wichtigkeit ist. Inzwischen trifft aus Wien die Nachricht ein, daß es zu einem Handelsvertragsabschluß zwischen Österreich und Jugoslawien gekommen ist, so daß die Hoffnung auf einen baldigen Handelsvertrag zwischen Polen und Österreich nunmehr geringer geworden ist. Wie sich die Handelsbeziehungen zu Frankreich gestalten werden, läßt sich vorerst noch schwerlich sagen, die offensichtliche protektionistische Tendenz Frankreichs dürfte aber auch hier Schwierigkeiten zeitigen.

Russische Bedingungen für die Eisenbestellungen in Polen.

Zu den Verhandlungen, die das Mitglied der kürzlich aus Polen nach Moskau zurückgereisten sowjetrussischen Wirtschaftsabordnung, der Leiter der russischen Metallimportstelle Chazanow, mit der Kattowitzer A.-G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb geführt hat, wird jetzt mitgeteilt, daß zunächst nur ein Protokoll über etwaige russische Bestellungen auf 60 000 Tonnen Walzprodukte unterzeichnet worden ist. Die endgültige Vergebung des Auftrages haben die Russen von Einfuhrkontingenten abhängig gemacht, deren Gewährung sie von der Regierung für eine Anzahl russischer Erzeugnisse, wie Pelzwerk, Fische, Kaviar, Tabak u. a. verlangen. Darüber hinaus erwarten die Sowjetvertreter Zollermäßigungen für mehrere russische Exportartikel. Die Verhandlungen über diese Fragen sollen mit der polnischen Regierung in allernächster Zeit geführt werden.

Für die beabsichtigten Eisenbestellungen an die Kattowitzer A.-G. (sowie für die ebenfalls in Aussicht genommenen Aufträge im Umfange von 30 000 Tonnen Walzprodukte, die von der Friedenshütte zu liefern wären), verlangt die Sowjetregierung die auch bei ihren früheren Eisenbestellungen in Polen gewährte Kreditfrist von 18 Monaten.

Fiasko der Industriepreispolitik.

Kürzlich tagte in Warschau das Präsidium des Zentralverbandes der polnischen Industrie. In der Aussprache wurde auf die starke Depression in den Investitionsgüterindustrien hingewiesen und erwähnt, daß gewisse Zweige dieser Industrien fast völlig zu bestehen aufgehört hätten. Die Landmaschinenfabriken verzeichneten beispielsweise Anfang 1933 einen Umsatz von nur 1 bis 2 Prozent gegenüber dem Jahre 1929. In der gleichen Zeit sei der Umsatz von Werkzeugen auf 4 Prozent zurückgegangen.

Die Waggon- und Lokomotivfabriken Polens müßten teilweise geschlossen, teilweise für längere Dauer stillgelegt werden. Ähnlich lägen die Verhältnisse im Brückenbau, Kesselbau usw.

Nach Darstellung der gegenwärtigen Situation auch in den übrigen Industriezweigen kommt der Rat des Zentralverbandes der polnischen Industrie zu dem Schluß, daß die durchgeführte Preissenkung die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen nicht habe vergrößern können und daß somit der Zweck der ganzen Preissenkungsaktion, welcher der Landwirtschaft eine Erleichterung bringen sollte, nicht erreicht werden konnte. Das Plus, das durch Preisherabsetzungen hier und da erzielt wurde, sei durch neue steuerliche Belastungen wieder ausgeglichen worden.

Geplant sei auch eine Entschuldung der Industrie. Ein solches Projekt müsse mit äußerster Vorsicht in Angriff genommen werden, da die Gläubiger der Industrie, unter denen sich ausländische Banken befänden, keinen Schaden erleiden dürften.

Die durch Schaffung eines Arbeitsfonds geplante Ankurbelung der Industrie sei nur die erste Etappe. Die Mittel hierzu werden aus anderen Produktionsgebieten geschöpft, so daß letztere dadurch wieder geschwächt würden. Die Finanzierung neuer Investitionsarbeiten müsse also durch Heranziehung von Auslandskapital erfolgen, das man durch gewisse Rekompensationen interessieren solle. Der Anstoß für eine ausländische Kapitalbeteiligung müsse jedoch durch Bereitstellung öffentlicher Mittel gegeben werden. Wenn dies gewissermaßen auch eine Diskontierung noch nicht vorhandener Güter darstelle, so sollte man sich trotzdem zu diesem Wagnis aufschwingen, um die viel schlimmeren Folgen eines weiteren Rückganges der Industrieerzeugung und damit den Zusammenbruch des Staatshaushalts, der Ausfuhr und der Handels- und Zahlungsbilanz aufzuhalten. EWD.

Starker Saatgutmangel in Polen hat Frühjahrsaussaat beeinträchtigt. Wie in den Vorjahren, so trat auch dieses Jahr in Polen ein starker Mangel an Saatgut für die Frühjahrsaussaat besonders bei dem landwirtschaftlichen Kleinbesitz und bei den Siedlern in Erscheinung. In Verbindung damit wird in interessierten Kreisen der Plan erörtert einen ständigen Hilfs- bzw. Kreditfonds zu schaffen, der durch unentgeltliche Lieferung von Saatgut oder durch Verbilligung seines Bezuges für die Frühjahrsaussaat den Kleinbauern und den Siedlern die Möglichkeit einer planmäßigen Durchführung der Saatbestellungen im Frühjahr ermöglichen soll. Ob es zu einer Durchführung dieser Pläne bis zum nächsten Frühjahr kommt, muß abgewartet werden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 1. Juni auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6%, der Lombardsatz 7%.

Der Złoty am 31. Mai. Danzig: Ueberweisung 57,29—57,41, bar 57,31—57,43, Berlin: Ueberweisung 47,30—47,70, Zürich: Ueberweisung 58,05, London: Ueberweisung 30,00.

Warschauer Börse vom 31. Mai. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,30, 124,61 — 123,99, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland *), 359,90 — 358,10, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London **), 30,00 — 29,70, Newyork 7,42, 7,46 — 7,38, Oslo —, Paris 35,10, 35,19 — 35,01, Prag —, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,30, 172,73 — 171,87, Tallin —, Wien —, Italien 46,40, 46,63 — 46,17.

*) Holland Umsätze 359,10—358,90.
**) London Umsätze 29,86—29,84.

Freihandelskurs der Reichsmark 207,75.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 31. Mai Geld	In Reichsmark 31. Mai Brief	In Reichsmark 30. Mai Geld	In Reichsmark 30. Mai Brief
2,5 %	1 Amerika	3.526	3.534	3.561	3.569
2 %	1 England	14.14	14.18	14.155	14.195
2,5 %	100 Holland	170.18	170.52	170.38	171.02
9 %	1 Argentinien	0.868	0.872	0.863	0.867
4 %	100 Norwegen	71.68	71.82	71.78	71.92
4 %	100 Dänemark	63.14	63.26	63.14	63.26
6.5 %	100 Island	63.94	64.06	64.19	64.31
3.5 %	100 Schweden	72.53	72.67	72.53	72.67
3.5 %	100 Belgien	58.89	59.01	58.89	59.01
4 %	100 Italien	21.96	22.00	21.98	22.02
2.2 %	100 Frankreich	16.61	16.65	16.61	16.65
2 %	100 Schweiz	81.57	81.73	81.72	81.88
6.5 %	100 Spanien	36.11	36.19	36.14	36.22
—	1 Brasilien	0.239	0.241	0.239	0.241
5.84 %	1 Japan	0.874	0.876	0.874	0.876
—	1 Kanada	3.137	3.143	3.147	3.153
—	1 Uruguay	1.648	1.652	1.648	1.652
4.5 %	100 Tschechoslowak.	12.64	12.66	12.64	12.66
6.5 %	100 Finnland	6.264	6.276	6.269	6.281
5.5 %	100 Estland	110.39	110.61	110.39	110.61
6 %	100 Lettland	73.18	73.32	73.18	73.32
6.5 %	100 Portugal	12.89	12.91	12.89	12.91
7.5 %	100 Bulgarien	3.047	3.053	3.047	3.053
7.5 %	100 Jugoslawien	5.195	5.205	5.195	5.205
6 %	100 Oesterreich	46.95	47.05	46.70	46.80
6 %	100 Ungarn	—.—	—.—	—.—	—.—
3 %	100 Danzig	81.82	81.98	82.82	82.98
9 %	1 Türkei	2.038	2.042	2.038	2.042
11 %	100 Griechenland	2.438	2.442	2.428	2.432
—	1 Kairo	14.52	14.56	14.535	14.575
7 %	100 Rumänien	2.488	2.492	2.488	2.492
—	Warschau	47.40	47.60	47.40	47.60

Züricher Börse vom 31. Mai. (Amtlich.) Warschau 58,05, Paris 20,38, London 17,33, Newyork 4,31, Brüssel 72,10, Italien 26,88½, Spanien 44,20, Amsterdam 208,55, Berlin 120,30, Stockholm 88,75, Oslo 87,75, Kopenhagen 77,25, Sofia —,—, Prag 15,41, Belgrad 7,00, Athen 2,93, Konstantinopel 2,50, Bukarest 3,08, Helsingfors 7,65, Buenos Aires —, Japan 1,07½.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 7,37 Zł., do. kl. Scheine —,— Zł., 1 Pfd. Sterling 29,70 Zł., 100 Schweizer Franken 171,62 Zł., 100 franz. Franken 34,96 Zł., 100 deutsche Mark 195,00 Zł., 100 Danziger Gulden 173,67 Zł., tschech. Krone —,— Zł., österr. Schilling —,— Zł., holländischer Gulden 357,50 Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 31. Mai. Es notierten: 5proz. Staatliche Konvert-Anleihe 43 G., 4½proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft 34 G., 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 35,50—35 +, 4proz. Prämien-Dollaranleihe (Serie 3) 49 G. Tendenz behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Warschau, 31. Mai. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Roggen I 17.00—17,50, Einheitsweizen 35,00 bis 36,00, Sammelweizen 34.00—35.00, Einheitshafer 14,50 bis 15,00 Sammelhafer 13.50—14.00, Grützgerste 14,50—15,00, Braugerste —.—, Speisefelderbsen 21,00—24,00, Viktoriaerbsen 28,00—32,00, Winterraps 47.00—49,00, Rotklee ohne dicke Flachsseide 90,00—110,00, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 110,00 bis 125,00, roher Weißklee 70,00—90,00, roher Weißklee bis 97% gereinigt 100,00—125,00, Luxus-Weizenmehl (45%) 1. Sorte 58,00 bis 63,00, Weizenmehl (65%) 1. Sorte 53,00—58,00, Weizenmehl 2. Sorte (20% nach Luxus-Weizenmehl) 48,00—53,00, Weizenmehl 3. Sorte 23,00—33,00, Roggenmehl I 30,00—32,00, Roggenmehl II 22,00 bis 24,00, Roggenmehl III 22,00—24,00, grobe Weizenkleie 10,00—11,00, mittlere 9,50—10,00, Roggenkleie 9,50—10,50, Leinkuchen 18,00—19,00, Rapskuchen 14,00—14,50, Sonnenblumenkuchen 15,50—16,00, doppelt gereinigte Serradella 9,50—10,50, blaue Lupinen 7,00—7,50, gelbe 9,00—10,00, Peluschken 11,50—12,00, Wicken 12,00—12,50.

Gesamtumsatz 365 to, davon 110 to Roggen. Tendenz: ruhig. Umsätze geringer.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 31. Mai. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen 415 to 17.00

Richtpreise:

Weizen	32.00—33.00	Raps	—.—
Roggen	16.75—17.00	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Mahlgerste 64—66 kg	13.75—14.25		
Mahlgerste 68—69 kg	14.25—15.00	Senf	48.00—54.00
Braugerste	—.—	Blauer Mohn	—.—
Hafer	11.75—12.25	Weizen- u. Roggenstroh, lose	1.75—2.00
Roggenmehl (65%)	23.50—24.50		
Weizenmehl (65%)	50.00—52.00	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	2.00—2.25
Weizenkleie	9.00—10.00		
Weizenkleie (grob)	10.25—11.25	Hafer- und Gerstenstroh, lose	1.75—2.00
Roggenkleie	9.75—10.50		
Wicken	11.50—12.50	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	2.00—2.25
Peluschken	11.00—12.00		
Viktoriaerbsen	24.00—26.00	Heu, lose	4.75—5.25
Rübsen	—.—	Heu, gepreßt	5.25—5.75
Blaue Lupinen	6.00—7.00	Netzeheu, lose	5.25—5.75
Gelbe Lupinen	8.00—9.00	Netzeheu, gepreßt	6.25—6.75
Serradella	—.—	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Speisekartoffeln	—.—		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 135 to, Weizen 40 to, Gerste 151 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Mahlgerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Danziger Getreidebörse vom 31. Mai. (Nichtamtlich.) Weizen, 128 Pfd., 21,25, Weizen, 125 Pfd., 20,75, Roggen 10,80, Braugerste 9,80—10,00, Futtergerste 9,00—9,70, Hafer 8,40—8,80, Roggenkleie 6,30, Weizenkleie 6,45, Weizenschale 6,65 G. per 100 kg frei Danzig.

Weizen wird unverändert mit G. 20,75 in guter Qualität gehandelt. Roggen sehr stark angeboten. Die Polnische Staatliche Getreidegesellschaft hat den Preis herabgesetzt auf G. 5,00 p. Ztr.

Berliner Produktenbericht vom 31. Mai. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77—76 Kg. 193,00—195,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 153,00 bis 155,00, Braugerste —.—, Futter- und Industriegerste 164,00 bis 174,00, Hafer, märk. 133,00—137,00, Mais —.—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 23,00—27,25, Roggenmehl 21,85—23,85, Weizenkleie 8,80—9,00, Roggenkleie 9,00—9,20, Raps —.—, Viktoriaerbsen 23,00—27,00, Kl. Speiseerbsen 20,00—21,00, Futtererbsen 13,00 bis 15,00, Peluschken 12,25—14,00, Ackerbohnen 12,00—14,00, Wicken 12,00—14,00 Lupinen, blaue 9.40—10.25, Lupinen, gelbe 12,00—13,00, Serradella, neue 16,50—18,00, Leinkuchen 10,60—10,70, Trockenschnitzel 8,50, Soya-Extraktionsschrot 10,00, Kartoffelflocken 13,10—13,20.

Gesamttendenz: ruhig.